

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
25 (1911)**

141 (20.6.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-556435](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-556435)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprecher-Ausschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße 24, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 RM., für zwei Monate 1,50 RM., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Interesse die fünfzehnjährige Korpusspille oder deren Raum für die Insurgenten in Wülfringen-Wülfringshaven u. Umgegend, sowie der Hüllen 15 Pfg., für sonstige auswärtige Insurgenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Abzahl. Wollen Anzeigen aus kleinerer als der Größenschrift gesetzt werden, so werden sie auch nach erster Berechn. Restsumme 50 Pfg.

25. Jahrgang.

Küstringen, Dienstag den 20. Juni 1911.

Nr. 141.

Die Reichsversicherungsordnung — wie sie sein sollte und wie sie ist.

I.

Die jahrelangen Kämpfe um die Reform unserer Arbeiterversicherung sind zu einem vorläufigen gelungeneren Abschluß gekommen. Großartig waren die Pläne, die für die Umgestaltung selbst von bürgerlichen Sozialpolitikern veröffentlicht wurden, unlangweilig waren die Forderungen, die die Sozialdemokratie erhob. Was ist das Fazit, was ist erreicht worden? Eine ganz ungenügende, teilweise für die Versicherten geradezu nachteilige Veränderung der bisherigen Gesetzgebung, „ein Haufen von Scherben“, wie ein Reichstagsabgeordneter treffend bemerkte.

Die hauptsächlichsten Mängel der heutigen Arbeiterversicherung liegen in folgenden Tatsachen: 1. Unheimliche Vielgestaltigkeit und Zersplitterung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und der Institute zu ihrer Durchführung. 2. Der beschränkte Kreis der Versicherten. 3. Die ungenügenden Leistungen der Versicherung. 4. Der fehlende maßgebende Einfluß der Versicherten auf die Verwaltung der Versicherung. Nach keiner Richtung hin hat die „Reform“, deren Ergebnis die Reichsversicherungsordnung ist, auch nur annähernd befriedigende Verbesserungen gebracht.

1. Die Vielgestaltigkeit der Versicherung.

a) Zuerst besteht die soziale Versicherung aus drei verschiedenen Versicherungszweigen: Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Es sind vorhanden zehn Versicherungsgesetze mit circa 900 Paragraphen. Die Zahl der Institute zur Durchführung der Versicherung ist eine unheimlich große. Es sind vorhanden in der Krankenversicherung sechs verschiedene Krankenarten — Orts-, Betriebs-, Bau- und Hilfskrankenstellen und die Gemeindefrankenversicherung, mit nicht einheitlichen Leistungen und Verwaltungseinrichtungen. Die Zahl der auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes bestehenden Krankenkassen beträgt rund 2400. In Orten von wenigen Tausenden Einwohnern sind oft ein Dutzend und noch mehr Krankenkassen anzutreffen. Hierdurch ist die Ausgestaltung der Leistungen der Versicherung auf das schwerste behindert worden. In der Unfallversicherung bestehen gewerbliche und landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften und selbständige Ausführungsbehörden, zusammen rund 820 selbständige Versicherungsträger. Diese sind teilweise ganz minimalen Umfangs. Zum größten Teile werden sie — das trifft auch auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zu — nebenamtlich verwaltet. Die Invalidenversicherung kennt außer den 31 Bundesversicherungsanstalten noch 10 zugriffslose besondere Kasseneinrichtungen („Eckstellen“) mit recht abweichenden Maßnahmen.

b) Die Sozialdemokratie forderte (Resolution des Parteitages in Leipzig) die Vereinheitlichung (organische Verbindung) der bisherigen Arbeiterversicherung, eventuell Zentralisation der Krankenversicherung (gemeinsame Ortskrankenkassen für Städte, Bezirkskrankenkassen für die Landgemeinden). Im Reichstag beantragten die Sozialdemokraten die gänzliche Beseitigung der „besonderen“ Ortskrankenkassen für einzelne Berufszweige sowie die gänzliche Aufhebung der Betriebs- und Innungskrankenkassen. Als das abgelehnt wurde, beantragten sie, daß diese Klassen nur dann zugelassen werden dürfen, wenn die Mehrzahl der Versicherten dafür in geheimer Abstimmung stimmt. Nachdem auch das abgelehnt war, wurde eine Festschreibung der Mindestmitgliederzahl dieser Klassen auf 500 beantragt. Auch das wurde abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien. Schließlich, auf Zentralisation abzielende Anträge wurden auch in der Unfallversicherung gestellt. Bei der Invalidenversicherung beantragten die Sozialdemokraten, daß Sonderanstalten nur noch zugelassen werden, wenn sie bei Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung bereits bestehen. Das wurde abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

c) Was ist geschehen? Eine sachliche, materielle Zusammenlegung der Versicherungszweige ist nicht vorgenommen worden. Die Unternehmer waren dagegen, weil dann auch eine Beschränkung ihrer Vorrechte in der Unfallversicherung hätte vorgenommen werden müssen. Die feierlichsten Versuche sind zwar zu einem Gelingen zusammengeführt worden, doch sind dabei aus den bisherigen ca. 900 Paragraphen ca. 1800 geworden. Eine größere Verbindlichkeit der Gesetzesmaterie ist nicht eingetreten, namentlich nicht durch die ungenügende häufigen Beweise eines Paragraphen auf den anderen. Die Zahl der Versicherungsinstitute ist nur ganz unvollständig beschränkt worden. In der Krankenversicherung bleiben alle Krankenarten weiter bestehen, an die Stelle der Gemeindefrankenversicherung tritt die Landkrankenkasse. Für den Bezirk jedes Versicherungsamtes (untere Verwaltungsbehörde; in Sachen Städte mit vordirekter Städteordnung und Amts-

hauptmannschaften) soll eine Allgemeine Orts- und eine Landkrankenkasse bestehen. Daneben können „besondere“ Ortskrankenkassen für einzelne Berufe, sowie Betriebs- und Innungskrankenkassen in beliebiger Zahl bestehen. Eine besondere Ortskrankenkasse soll mindestens 250 Mitglieder haben, eine Betriebskrankenkasse nur 150 (eine landwirtschaftliche nur 50) und für die Innungskassen ist überhaupt keine Mindestmitgliederzahl vorgegeben. In besonderen Fällen können bestehende Klassen auch mit geringeren Mitgliederzahlen zugelassen werden. Neu ist nur, daß eine Betriebs- und Innungskrankenkasse nur errichtet werden darf, wenn sie den Bestand oder die Leistungsfähigkeit vorhandener Allgemeiner Orts- und Landkrankenkassen nicht gefährdet, ihre jagungsmäßigen Leistungen denen der maßgebenden Krankenkasse mindestens gleichwertig sind und ihre Leistungsfähigkeit für die Dauer sicher ist. In der Unfallversicherung sind die Versicherungsträger nicht nur nicht vermindert, sondern durch neue Versicherungseinrichtungen für nicht gewerbsmäßige Unternehmungen, die von den Behörden verwaltet werden sollen, vermehrt worden. An der früheren Organisation der Invalidenversicherung wurde nichts geändert.

Politische Rundschau.

Küstringen, 19. Juni.

Eine Provokation.

Unter der Ueberschrift „Neue Wahlrechtsagitation in Preußen“ bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“, es sei nach dem Rückzuge der Regierung in der elsass-lothringischen Wahlrechtsfrage von Anfang an erwartet gewesen, daß die Reaktion gegen das preussische Wahlrecht wieder mit verstärkter Kraft einziehen würde. Das sei auch tatsächlich eingetroffen. Das Blatt weist darauf hin, daß das „Berliner Tageblatt“ die fortschrittliche Volkspartei des Abgeordnetenhauses aufzockernd, auf baldige Beratung ihres Initiationsantrages zur preussischen Wahlrechtsfrage zu drängen, weit auch auf den Ruf in der sozialdemokratischen Presse hin und führt dann fort: „Wir glauben kaum, daß die Regierung Lust haben könnte, diesen lebenswichtigen Vorforderungen — Veränderung des preussischen Wahlrechts — Folge zu leisten.“ In der Stellungnahme der verschiedenen Parteien zur elsass-lothringischen Wahlrechtsfrage liege eine Bindung für ihre Haltung gegen das preussische Wahlrecht in keiner Weise gegeben. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist vielmehr überzeugt, daß, nachdem jener höchst bedeutungsvolle demokratisierende Schritt für die Reichslande erfolgt ist, die volle und unverzügliche Erhaltung der antidemokratischen Gewichte in Preußen erst recht eine unbedingte Staatsnotwendigkeit nicht nur für den führenden Bundesstaat, sondern für das gesamte Reich ist. „Höchst bedauerlich bleibt es freilich unter allen Umständen, daß die Regierung selber der Demokratie mit ihrem Rückzuge für Elsass-Lothringen ein Schlagwort an die Hand gegeben habe, das in der Wirklichkeit ihrer politischen Unlogik allerdings eine starke Wirkung haben müsse. Unlogisch bleibe es aber darum nicht weniger, daß aus einem demokratischen Jugendländchen in den Reichslanden die Notwendigkeit einer Demokratisierung sogar noch des größten Bundesstaates gefolgert werde. Nach der Ansicht der „Deutschen Tageszeitung“ hat das preussische Abgeordnetenhaus weit dringlicheres zu tun, als den freisinnigen Antrag zu beraten, „der weiter nichts zur Folge haben könnte, als überflüssige Reden zum Fenster hinaus“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet Gleichmütigkeit. In diesem Vergnügen wird niemand sie finden, um so weniger, als dadurch die Wahlrechtsbewegung weder aufgehoben noch gestoppt werden kann.

Politik im Gerichtssaale.

In Breslau hat der Eröffnungsparagraph wieder einmal eine auffeherregende Rolle gegen organisierte Arbeiter gespielt. Angeklagt waren vier Stuktureure, die als Mitglieder einer Kommission mit der dortigen Firma Simlinger & Gohde wegen Zurücknahme einer Mahnung verhandelt hatten. Als die Firma sich nicht dazu verstehen wollte, den gemahregelten Kollegen wieder einzustellen, soll die Kommission dem Unternehmer Simlinger gegenüber erklärt haben, daß sich dann die übrigen Arbeiter der Firma mit den Gemahregelten solidarisch erklären und die Arbeit niederlegen würden. Darin lag das Gericht Eröffnung und verurteilte drei der Angeklagten zu Gefängnisstrafen von zwei Monaten, sechs Wochen und vier Wochen.

Wie das Gericht zu einem solchen Urteil gekommen ist, ließ die Begründung des Landgerichtsdirektors Janse erkennen, der aus seinem Klammernpfunden heraus folgendes erklärte: „Die Nachstellung der organisierten Arbeiterkraft wird vielfach dazu ausgenutzt, die Freiheit der Mitbürger

zu beschränken. So könne bei den kleinen Handels- und Gewerbetreibenden von einem freien Wahlrecht keine Rede mehr sein, weil solche Leute, die gegen den Willen der sozialdemokratischen Arbeiterkraft wählen, von dieser boykottiert werden. Jeder freie Wille werde dadurch gebrochen, der Rechtsstaat in einen Staat der Willkür verwandelt. Ein solches Vorgehen muß als gemeingefährlich angesehen werden, und alle diese Momente sind auch bei der Urteilsfindung mit berücksichtigt worden.“

Klassenurteile kommen wohl immer auf der Weise zustande, daß die politische und Klassenanschauung, die an sich mit dem Spezialfall gar nichts zu tun haben, entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung des Urteils erlangen. Nur wird es wenige Richter geben, die so unerbittlich ausprechen, daß in einem Prozeß, der sich mit der Abregulierung eines Arbeiters bei einer Kaufirma und der Solidaritätserklärung seiner Kollegen beschäftigt, die ganze Stellung der organisierten Arbeiterkraft im Staate maßgebend für die Urteilsfindung geworden ist. Es handelt sich in diesem Falle um die Breslauer Strafkammer, die seiner Zeit den Genossen Redakteur Löße zu einem Jahr Gefängnis verurteilte, weil er verantwortlich für einen Aufruf zugunsten eines besseren Wahlrechts zum preussischen Landtage war. Die energische Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts wurde sicher auch damals lebhaft aus der Klassenstellung des verurteilenden Richters heraus gedrängt, was zu dem Resultat führte, daß Löße seine Wahlrechtsforderung mit einem Jahr Gefängnis zu büßen hatte.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhause.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann am Sonnabend die zweite Lesung der rheinischen Gemeindeordnung. Die Kommission hat an den Beschlüssen des Herrenhauses nur unbedeutende Änderungen vorgenommen. Um so größer ist die Zahl der Änderungsanträge, die noch in letzter Stunde besonders von den Freisinnigen und vom Zentrum gestellt sind. Darunter befindet sich auch ein Antrag auf Einführung der geheimen Stimmabgabe, für den die Zentrumspartei und die Reformer der Freisinnigen plädierten, während die Nationalliberalen erklärten, daß sie zwar im Prinzip für die geheime Stimmabgabe seien, aber eine so wichtige Frage nicht nebenher lösen könnten. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß es sich bei dem Antrage nur um ein Wahlmandat des Zentrums handelt. Im Namen der Sozialdemokraten befürwortete Gen. Hirsch die geheime Stimmabgabe, der im übrigen die Vorzüge der Regierung scharf kritisierte und ihre Form als gänzlich unzulänglich erklärte. Zu einer Entscheidung kam es noch nicht, da sich bei der Abstimmung über den ersten Paragraphen die Beschlußunfähigkeit des Hauses ergab. — Heute, Montag, wird die Debatte fortgesetzt werden. Außerdem steht das Ausführungsgesetz zum Viehschlaggesetz in zweiter Lesung zur Beratung.

Die Konserveration haben am Sonnabend eine Interpellation eingebracht, in der sie die Staatsregierung fragen, was sie tun wolle, um die Gefahr der Verschleppung der Maul- und Klauenseuche durch die Wälder zu beseitigen.

Deutsches Reich.

Berlin, 19. Juni. Aus dem Bericht der Justiz-Kommission des Herrenhauses geht hervor, daß das Feuerbestattungsgesetz mit allen gegen zwei Stimmen angenommen worden ist.

— Die konservative Fraktion des preussischen Herrenhauses hat mit allen gegen zwölf Stimmen beschlossen, das Feuerbestattungsgesetz abzulehnen.

— Der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses u. Kröner hat, wie die „Post“ meldet, mit aller Bestimmtheit erklärt, daß er in der nächsten Session des Landtages eine Wiederwahl als Präsident nicht annehmen werde.

— Das preussische Ausführungsgesetz zum Reichszuwachssteuergesetz ist jetzt in der Kommission des Dreiklassenhauses zu Ende beraten worden. Es wurde beschlossen, daß die Veranlagung auf dem Lande durch die Kreisaußschüsse und in den Städten durch den Gemeindevorstand erfolgen soll. Städte mit weniger als 2000 Einwohnern dürfen die Veranlagung dem Kreisaußschuß übertragen. Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern kann die Veranlagung vom Kreisaußschuß überwiegen werden. Die von der Regierung vorgeschlagene Sonderstellung der Rheinprovinz und Westfalens ist dadurch befestigt worden. Während die Regierungsvorlage den Kreisen freistellen wollte, einen Teil ihres Anteils, möglichst jedoch die Hälfte, zu Gunsten leistungsschwacher Gemeinden zu verwenden, wurde dieses Recht in eine Pflicht der Gemeinden umgewandelt.



Angst vor der eigenen Aurore. Die durch die zum Teil recht ungenügenden Besprechungen in der konservativen Kreise augenblicklich befristeten Hanabundler beulen sich, hanabundstapfer zum Rücken zu blasen und gewisse Forderungen, die der Hanabundstapfer ein charakteristisches Gesicht gaben, nach Möglichkeit abzuschwächen. Am Sonnabend veröffentlicht der Hanabund ein Erklärung, durch die Richters Attade gegen den Schwarzblauen Bloß wesentlich abgeschwächt wird. Zur Frage der Stichwahlparole habe Richter allerdings erklärt, der Hanabund könne keine Stichwahlparole ausgeben. Am Sonnabend wird diese Erklärung dahin erweitert, daß der Bund aber auch niemals die Sozialdemokratie fördern und unterstützen könne. Weiter wird es als eine Unwahrheit erklärt, daß Richter die „Sammlung gegen die Sozialdemokratie als eine Sammlung aller rücksichtlosen Elemente“ bezeichnet habe; er habe vielmehr ausdrücklich gesagt, daß sich „hinter den Rücken und ganz in der Stille die Sammlung gegen die Sozialdemokratie mehr und mehr in eine Sammlung aller bodenständigen und rücksichtlosen Elemente gegen das vorwärtsstrebende Bürgerium verwandelt habe.“ Es ist richtig, daß Richter das in dieser Form ausgesprochen hat, aber in einem Zusammenhang, in dem der Satz nicht so jammervoll schwächlich klang. Die „nervöse Angst vor seiner eigenen Aurore“, von der der Hanabundspräsident sprach, scheint im Hanabundlager bereits eine bedeutende Höhe erreicht zu haben.

Erzberger und Spahn junior. Professor Martin Spahn, der unter Überwindung großer Schwierigkeiten in die Zentrumskanzlei gelangte, hat neulich in seinem Wahlkreise unter starkem Beifall über die Reichstagsfähigkeit Bericht erstattet; der Verlauf der Verlesung ließ darauf schließen, daß er, der den Stills nur für den Rest der Legislaturperiode vertreten sollte, doch wieder aufgestellt wird. Nun regten sich auch keine Widersacher in der Zentrumskanzlei, allen voran Erzberger wieder, und suchten ihm ein Bein zu stellen. Durch sein Bureau launziert Erzberger allerdings keine Lebenswürdigkeiten gegen den jungen Spahn in die Zentrumspresse, er sagt da u. a.: „Spahn habe sich ebenso anmaßend und aburteilend über die ganze Zentrumskanzlei ausgesprochen, velleicht aber hätte er inzwischen auch hier, wie in so vielen anderen Fragen sein Urteil geändert.“ Natürlich wird dem jungen Spahn wieder sein „Bändnis“ mit dem Grafen Hoensbroech vorgehalten und ihm der Rat gegeben, er solle erst den Ratschismus lernen.

Das Krankenstellenbuch des Dr. Müller vor Gericht. Der verantwortliche Redakteur der „Norddeutschen Volksstimme“ in Bremerhaven, Genosse Barg, stand am Freitag vor Gericht, um sich wegen Verleumdung des berühmten Dr. Müller bei München zu verantworten. Es handelte sich um eine Klage Müllers wegen der Charakterisierung seiner Behauptungen über die Dreifranzosen, die das im Auftrage des Reichsverbandes erschienene Buch „Die Herrschaft der Sozialdemokratie in den Krankeustellen“ enthält. Leider hatte der Angeklagte Redakteur unterlassen, den Wahrheitsbeweis anzutreten und so beschränkte sich die ganze Verhandlung auf eine zweifelhafte Rede des Rechtsanwalts Dr. Goldschmidt-München, des Vertreters Müllers und die Verteidigungsrede des Angeklagten Genossen Barg. Auf diese beiden Reden sollte das Gericht nun sein Urteil fällen. Das Gericht kam besonders im Hinblick darauf, daß die Abwechselliste der „Volksstimme“ kräftige Worte zur Kennzeichnung Müllers wählten, zur Verurteilung des Beklagten zu 400 M. Geldstrafe. In der Begründung des Urteils heißt es, der Angeklagte habe die schwersten Vorwürfe gegen Dr. Müller erhoben und sich nicht nur in der Form vergiffen, sondern auch den Vorwurf der bewußten Unwahrheit erhoben, dafür aber sei der Beweis nicht erbracht. Dem Dr. Müller wird Publikationsbefugnis des Urteils in der „Nordd. Volksstimme“, der „Deutschen Krankenstellen-Ztg.“, den „Münchener Neuesten Nachrichten“ und der „Augsburger Abendzeitung“ zugesprochen.

Zwei angebl. Anarchisten sind aus Elsfleth-Bohringen ausgewiesen worden. Die beiden Leute, österröschliche Staatsangehörige, sollen in verschiedenen Orten anarchistische Flugblätter verbreitet haben. Aus dem gleichen Grunde seien sie schon aus anderen preussischen Orten ausgewiesen worden.

Frankreich.
Die Marokkofrage vor der Deputiertenkammer. Nach mehrwöchiger Verhandlung, in welcher besonders Jaurets die Marokkopolitik der Regierung wie diejenige Spaniens kritisierte, weil sie darauf hinauslaufe, Marokko aufzuteilen und den Algeriosortrag zerteile, wurde die von Jaurets vorgeschlagene Tagesordnung mit 471 gegen 112 Stimmen abgelehnt. Diese lautete: Die Kammer beurteilt die gefährliche Politik der geheimen Verträge und fordert die Regierung auf, zur genaueren Innehaltung der Algeriosorte zurückzukehren und von einer militärischen Belegung und allem, was die notwendige Freundschaft zwischen Frankreich und Spanien in Frage stellen könnte, abzusehen. — Die Kammer hat dagegen eine Tagesordnung Jureys angenommen, die den besonderen Interessen Frankreichs in Marokko und der Algeriosorte entspricht. Der Jaurets, der das Vertrauensvotum der Kammer enthält, wurde mit 434 gegen 77 Stimmen angenommen.

Die preußigen Eisenbahnkapitalisten und der demütigte Staat. Die Wiedererrichtung der Eisenbahnen beschäftigte am Donnerstag wieder die Kammergruppe für die Verteilung der Eisenbahnbeamten. Diese empfing nämlich den Vorsitzenden der Föderation der Deutscher und Reichstagskassen Toffin an der Spitze einer Anzahl von Delegierten der entlassenen Eisenbahner, um von diesem zur Kenntnis zu nehmen, daß die Gesellschaften seit der letzten Kammer-Interpellation sich noch zu keiner Wiedererrichtung entschlossen hätten. Nach einer langen Erörterung beschloß die Gruppe, Montag die endgültigen Antworten der Gesellschaften vom Minister entgegenzunehmen und von diesem zu erfahren, welche Maßregeln er treffen oder von dem Parlamente verlangen wolle. Wenn diese Antwort vernünftig

oder nicht befriedigend ausfiele, will die Gruppe einen vom Abg. Jaurets eingebrachten Antrag mit Dringlichkeits-Erklärung einbringen, demzufolge ein Oberdisziplinarrat zu einem Drittel aus Staats-, zum zweiten aus Gesellschafts- und zum dritten aus Personal-Delegierten zusammengesetzt werden sollte, ohne dessen Gutachten keine Entlassung stattfinden könnte. Das Gesetz sollte für den letzten Streik rückwirkende Kraft erhalten.

England.
Demonstration für das Frauenstimmrecht. In London veranstalteten am Sonnabend die Frauenstimmrechtlerinnen aus Anlaß der Abkündigung einer imposanten Umzug, wobei sie in Wagen Emblemen mit sich führten, welche den Anteil veranschaulichten, den die Frauen an der Geschichte und Größe des britischen Reiches haben. Die Teilnehmerinnen, unter denen sich eine Anzahl hochgebildeter Damen, u. a. die Frauen zweier an der Reichskonferenz teilnehmender Premierminister der Kolonien befanden, marschierten vom Tynesal nach der Albert Hall.

Der mißglückte indische Verschwörerprozeß. Aus Calcutta wird gemeldet: In dem Verschwörerprozeß in Dacca (Ostbengalen) wurde am Sonnabend das Urteil gefällt. Alle Angeklagten wurden freigesprochen, da die Auslagen der Zeugen als unzureichend, die der Zeuginen als wertlos angesehen wurden. In dem Prozeß, der am 24. August v. J. begann, waren 42 vornehme junge Hindus verwickelt, die der Verschwörung gegen den König angeklagt waren.

Ein politischer Mord. Aus Madras wird gemeldet: Der Ortsrichter Althe in Tinnevely wurde von einem Brahminenschwaller erschossen. Der Mörder beging Selbstmord. Der Mord wird als ein Racheakt für die Haltung Althes in dem Prozeß gegen die Anführer von Tuticorin im vorigen Jahre angesehen.

Portugal.
Die konstituierende Versammlung wird heute Montag den 19. Juni in Lissabon zusammentreten. Die Diktatur der provisorischen Regierung hat dann ihr Ende erreicht. Der erste Beschluß der Versammlung wird sein, Portugal mit seinen Kolonien als unteilbare Republik zu erklären und der Landesverweisung der Herrscherfamilie Braganza-Roburg die Zustimmung zu geben. Darauf wird durch den Ministerpräsidenten eine Ausrufung der provisorischen Regierung erfolgen, in welcher die Tätigkeit der Minister zusammenfassend dargestellt ist, und eine Erklärung der Dankbarkeit für jene Leute vorkommt, die die Republik begründet haben und der Trauer um diejenigen, die für sie gestorben sind. Im weiteren wird gebahnt der Stadt Lissabon für die Hilfe, die es den Revolutionären geleistet hat und dem Lande für den einmütigen Beitritt zur neuen Regierungsform.

Waffen schmuggel der Royalisten. Die Hafenbehörden von Vigo haben den deutschen Dampfer „Blüth“ mit Beschlag belegt, weil er Kollit mit Waffen und Kontrobande gelandet haben soll. Aus Lissabon wird gemeldet, daß die zur Überwachung der Grenze aufgestellten Truppen auf 1000 verstärkt worden seien.

Türkei.
Der Ingenieur Richter ist noch immer gefangen. Die türkischen Behörden betrachten die Forderung eines Lösegeldes von 50.000 Pfund für den Ingenieur Richter als tatsächlich von den Räubern selbst ausgehend. Die Räuber sind sehr erbittert, daß die Sendungen die Dorfbewohner angeblich schwer mißhandeln, um sie zu Auslösern zu veranlassen. Die Behörden erwarten vom Ministerium Weisungen wegen des weiteren Vorgehens. Sie betrachten ein Eingehen auf die Forderungen der Räuber als ausgeschlossen und sind der Meinung, daß dieselben nicht wegen werden, Richter zu töten.

Marokko.
Vorgehen der Spanier im Algebiete. Aus Oualla Warrja wird gemeldet, daß die Spanier in der Gegend von Melilla eine eifrige Tätigkeit entfalten, um ihre Besatzungszone zu erweitern. Sie brühen den Umständen, daß die Marokkaner gegenwärtig mit der Ernte beschäftigt sind, um nach dem Osten zu in der Richtung auf den Mulajschah und westlich in der Richtung auf den Keutlich Vorzüge zu unternehmen. Dabei hatten sie bereits mehrere Schamägel mit Kisten um zu bestehen. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete.

In Madrid gab der Ministerpräsident die Erklärung ab, Spanien werde sich darauf beschränken, für die Sicherheit der Gebiete von Ceuta und Melilla zu sorgen und die Tabors in Marokko und Ekkar zu verstärken. Spanien denke keineswegs daran, in der Richtung auf Arzilos, Tanger oder einen anderen Punkt vorzudringen; es habe Truppen nach Ekkar geschickt, ebenso wie Frankreich auf der anderen Seite des Luffos, um die Agitation zu unterdrücken. Ganalejas schloß: Wir haben Marineinfanterie und einige Abteilungen Kavallerie nach Ekkar geschickt. Wir denken aber nicht daran, noch mehr zu entsenden, außer wenn die Rabgeln uns angreifen. Diese Sprache sowie das Vorgehen Spaniens in Marokko ist nur zu verstehen, wenn man annimmt, daß Spanien die volle Zustimmung Englands hat.

Die Ausweisung eines Deutschen aus Marokko zurückgenommen. Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ schreibt: Die Meldungen über die angebliche Ausweisung eines deutschen Mineningenieurs aus Debu haben sich nicht als zutreffend erwiesen. Dem betreffenden Herrn war, wie auch anderen Europäern, lediglich nahegelegt worden, ein kurzzeit insofern militärischer Operationen gefährliches Gebiet einzutreten zu verlassen, und er ist, wie die anderen, dieser Aufforderung bereitwillig nachgegeben. Ein Zwischenfall hat sich erst später dadurch ergeben, daß derselbe Ingenieur in Ouan wegen verdorbenen Wassertragens zur Verantwortung gezogen wurde. Die französische Regierung hat jedoch die Weisung nach Ouan erteilt, den deutschen Ingenieur außer Verfolgung zu setzen und ihm die beschlagnahmten Gegenstände zurückzugeben.

Gewerkschaftliches.

Der internationale Seemannsstreik.

Achtung, Seeleute! Matrosen und Helzer aller Nationen! In England, Holland und Belgien sind die Seeleute seit dem 14. Juni wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen in den Streik getreten. Es wird von jedem Seemann, speziell Matrosen und Helzer, unbedingt erwartet, daß sich keiner für Schiffe dieser Nationen anwerben läßt. Das erfordert die Ehre eines jeden Seemanns. Warte auch jeder auf die Streikbrecheragenten, welche versuchen, in deutschen Häfen Seeleute anzuwerben.

Der Zugang nach den Häfen der in Frage stehenden Nationen muß unter allen Umständen ferngehalten werden. Hoch die internationale Solidarität!

Die Organisationsleitung der deutschen Seeleute.

Zum Streik selbst liegen folgende Nachrichten vor:

England. Nach uns zugegangenen Mitteilungen von J. H. Wilson, dem Präsidenten der National Sailors and Firemens Union, hatten die Seeleute in der Nacht zum 14. Juni in Southampton ein gutbesuchtes Meeting. Sie zwangen die Werber von der „Olympic“, 6 Lire pro Monat für Helzer, 5 Lire 10 Schilling für Trimmer und daselbe für „Able Bodies“ (befahrene Matrosen) zu bezahlen. Der Dampfer verließ darauf Southampton mit voller organisierter Besatzung an Bord. Etwa 500 Matrosen, von anderen Häfen in England zusammengeholt, befinden sich als Ersatz für die Kohlenbunkerleute noch dort. Ueber 13 Schiffe warten (am 14. Juni) auf Beurlaubung. (Inzwischen soll der Streik beendet sein.) In Liverpool werden verschiedene Schiffe zurückgehalten. Die Forderungen lauten auf 5 Lire 10 Schilling und 6 Lire pro Monat. Die Cunard Line hat sich bereit erklärt, eine Deputation zu empfangen, um zu einer Beurlaubung zu kommen. Alfred Holt's Line zu Liverpool hat sich mit der Union geeinigt und gibt 10 M. pro Monat mehr. Drei andere Reedereien in Liverpool haben ihre Zustimmung gegeben, eine Deputation der Union zu empfangen. In der Nacht zum 15. Juni sind in jedem Hafen Englands Meetings abgehalten worden, auf denen der Streik offiziell erklärt wurde. Am 16. Juni abends fand in Liverpool eine große Demonstration aller Transportarbeiter statt. Die gut organisierten Jubelreue in Liverpool, die erst vor einigen Monaten einen glänzenden Sieg errangen, drohen sich den Seeleuten anzuschließen.

Amerika. In Newport fordern die Helzer 40 Dollar pro Monat, die Trimmer 30 Dollar, 75 Cents pro Tag für Beurlaubung, Beilegung der gegenwärtigen Amnestierung und Anerkennung der Organisation. Erwähnt mag hier noch werden, daß die Hafenarbeiter und Jubelreue in Newporf und Hoboken eine sogenannte Waterfront Federation bilden wollen, deren erste Aufgabe sein soll, die im Dezember v. J. gestellten, aber wieder zurückgezogenen Forderungen neu einzurichten. Die Organisation der Hafenarbeiter hat in der letzten Zeit an der atlantischen Küste gute Fortschritte gemacht.

Holland. Von Amsterdam sollen Agenten nach Deutschland unterwegs sein, um die beschäftigten „Siebenmonatsfinder“ zu sammeln und über die holländische Grenze zu expedieren. Die holländische Regierung kam über diesen Zuwachs angenehmer Staatsbürger sehr erfreut sein. Wir gratulieren!

Die Klempner befinden sich in Oldenburg i. Gr. im Streik, Zugang ist daher fern zu halten.

lokales.

Rültingen, 19. Juni.

Der Etat der neuen Stadt

ist nunmehr fertiggestellt, vom Magistrat wie vom Finanz-

ausfluß durchberaten. In der nächsten Woche wird er vom Stadtrat in öffentlicher Sitzung beraten werden. Die Stadterwaltung kommt zwei Monate später wie andere Gemeindeverwaltungen in einen staatsrechtlichen Zustand; aber die Ineinandersetzung der drei Etats von Bant, Heppens und Reuende hat gar viel Arbeit gemacht. Es steht zu erwarten, daß für das Steuerjahr 1911/12, das erste Steuerjahr der Stadt, der Steuerbetrag, der nach der Einkommensteuer geboben, um zirka 30 bis 40 Prozent niedriger werden wird, wie bisher, wenigstens soweit die Bezirke, die früher die Gemeinden Bant und Reuende ausmachten, in Frage kommen. Doch werden die Steuerzahler der früheren Stadt Heppens nicht schlechter wegkommen wie bisher, was bestimmtlich von den Heppenser Hausbesitzern befürchtet worden ist. Man nimmt an, daß als Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer 3 1/2 % Marz pro 1000 Marz und als Zuschlag zur Einkommensteuer 195 Prozent erhoben werden müssen, um den Etat der Stadt ins Gleichgewicht zu bringen.

Das Eine aber steht heute schon fest, was von den Freunden der Stadtbildung immer behauptet worden, von den Gegnern aber immer bezweifelt worden ist, nämlich, daß die Steuerzahler des Stadtgebietes eine ganz außerordentliche Steuererleichterung erfahren werden. Wir wollen heute noch keine Zahlen angeben, die freudige Ueberzeugung wird, wenn die Rechnung keine durchaus falsche ist, noch früh genug kommen.

Die Vertretung des Stadtgebietes war am Sonnabend nach dem Rathaus Rültingen 11 zum erstenmal einberufen. Die Mitglieder wurden vom Bürgermeister Dr. Luken verpflichtet und in ihr Amt eingeführt. Der Hauptberatungsgegenstand betraf den Voranschlag. Derselbe balanziert in Einnahme und Ausgabe mit rund 25.600 Marz. Die Diskussion, die keine rege war, drehte sich zumest um die Zweifel über die gerechte Verteilung der Steuern auf den Grundbesitz und die Nichtbesitzer, doch wurden im großen und ganzen die Vorschläge des Magistrats angenommen. Auf eine Anfrage an den Magistrat, ob die Vertretung

und Verbesserung der Radialstraße bald zu erhoffen sei, antwortete der Bürgermeister, daß der Magistrat sich bereits damit befaßt habe und daß er die Angelegenheit, so wie der Etat seine Erledigung gefunden, so emig wie nur möglich betreiben werde. Eine andere Anfrage, ob die Hausanbahnung an die Wasserleitung in Zukunft nicht billiger zu erlangen sein könnten, erklärte der Bürgermeister, daß es bei den jetzigen Bestimmungen und Preisen vorläufig kein Besseres haben müsse und zwar solange, bis die für das Wasserwerk ausgenommenen Anleihe soweit geübt sei, daß der Schwere des Wertes der Schuldlumme entspreche. Die Vertretung gab sich mit diesen Erklärungen zufrieden.

Der Konsum- und Sparverein hält heute abend 8 1/2 Uhr bei Halweland, Grenzstraße, eine Versammlung für die Mitglieder der Verteilungsstellen 2, 5 und 7 ab, worauf aufmerksam gemacht wird.

Kaufmännische Fortbildungsschule für Rüstingen I. Alle in der früheren Gemeinde Bant beschäftigten Handlungslehrlinge und die in den Gewerbebetrieben beschäftigten Schreiblehrlinge unter 18 Jahren sind zum regelmäßigen Besuch der Schule verpflichtet. Viele Handlungs- und Schreiblehrlinge aus der früheren Stadt Treppens und der früheren Gemeinde Reude besuchen freiwillig diese Schule. Die Schulpflicht wird jedenfalls bald auf die ganze Stadt Rüstingen ausgedehnt werden. — Die Schule hat drei aufsteigende Klassen. Die Schülerzahl beträgt 66, darunter 30 Handlungs- und 36 Schreiblehrlinge. In Klasse I befinden sich 16 Schüler, in Klasse II 24 und in Klasse III 26. Seit dem 1. April d. J. erhalten die Schüler wöchentlich sechs Stunden Unterricht. Dieser findet an Wochentagen von 7 bis 9 Uhr morgens und von 2 bis 4 Uhr nachmittags statt. Unterrichtsfächer sind: Klasse III: Rechnen, Deutsch mit Korrespondenz und Kontorarbeiten, Gelehrtes und Verwaltungskunde; Klasse II: Rechnen, Korrespondenz und Kontorarbeiten, Handelsgeographie, Buchführung, Kontorarbeiten und einfache Buchführung; Klasse I: Rechnen, Korrespondenz und Kontorarbeiten, Gelehrtes und Verwaltungskunde und doppelte Buchführung. Für Erweiterung der Schülerbibliothek der kaufmännischen Fortbildungsschule wurden von der Spar- und Leihbank und der Handelskammer in Oldenburg je 50 M. zur Verfügung gestellt.

Die Gerste wird teurer! Wie aus Bremen gemeldet wird, hat eine starke Aufwärtbewegung der Preise für südwestliche Gerste eingesetzt. Seit dem Bericht vom Mittwoch ist der Preis bereits um 4 M. für die Tonne gestiegen.

Felddiebstahl. In der Nacht zum Sonntag wurden von einem an der Bismarckstraße liegenden Pachtacker ca. 2 1/2 Zentner Kartoffeln gestohlen. Die Spuren deuten darauf hin, daß die Diebe die Kartoffeln auf mehreren Aekern zuerst auf ihre Brauchbarkeit untersucht haben, ehe sie die Auswahl trafen. Durch einen Frühauflieger wurden die Diebe, drei Männer und eine Frau, beobachtet. Die Polizei ist den Dieben auf die Spur.

Operetten-Gastspiel im „Alders.“ Heute, Montag abend, wird „Polnische Wirtschaft“, welche fast nur ausverkauft Häuser erzielte, zum sechsten Male wiederholt; am Dienstag findet dann die Erst-Aufführung der pikanten, aber durchaus bezugten Operetten-Revue „Das Jungfernstift“, nach einer Idee des Paul de Abbe, mit Musik von Jean Gilbert, statt. Vom Inhalt dürfen wir nur so viel verraten, als der dritte Akt lebhaft an der Szene in der Oper „Fra Diavolo“ erinnernd, in welcher Zeitlingen zur Ruhe geht und von den beiden Räubern belauscht wird. Eine fröhliche prächtige Musik, mit einem klaren, humorvollen Dialog, versehen dem Werke von vornherein etwas temperamentvoll-schmelziges, so das „gewisse Etwas“, was man auf der Bühne immer gern sieht. — Mittwoch: „Polnische Wirtschaft.“

Ausflug der städtischen höheren Mädchenschule. Die oberen vier Klassen der höheren Mädchenschule machten gestern unter Leitung der Direktorin einen größeren Wandermarsch nach Bafeler Busch. Mittags wurde im Freien abgetoht, so daß den Schülerinnen keinerlei besondere Koften erwachsen sind. Der Ausflug verlief zu allerliegender Befriedigung.

Berichtigung. Infolge eines Defektes an einer Formplatte ist die Ueberschrift über dem Vorarlartitel, der von ungenügenden Schutzvorrichtungen auf der Kaiserlichen Wert handelt, verflümmelt worden. Sie sollte heißen: Mehr Arbeiterchutz auf der Wert.

Wilhelmshaven, 19. Juni.

Bürgerwörterwahl. Im ersten Stadtbezirk, Roonstraßegebiet, sind demnächst zwei Erloswahlen vorzunehmen, weil die Herren Foden und Talenberg zu „Senatoren“ gewählt worden sind. Die Liste der stimmfähigen Bürger liegt auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 3, auf acht Tage zur Einsicht der Stimmberechtigten aus. Einsprüche dagegen sind beim Bürgermeister anzubringen. Der Wahltermin wird noch bekannt gemacht.

Die Nachwahl im fünften Bezirk, die am Freitag nicht zustande gekommen ist, kann nun erst nach einem Jahre stattfinden. Daran wird wieder illustriert, welche Verteilung von „Gemeindeverfassung“ die Hannoverische Städte- und Gemeindeordnung ist. Daß die Wähler zum großen Teil Obstruktion getrieben haben — von 222 sind nur 52 erschienen, geht daraus hervor, daß am Tage vor der Wahl den Wählern ein Flugblatt zugegangen ist, worin sie aufgefordert wurden, von der Wahl wegzubringen.

Der deutsche Städtetag wird am 10., 11. und 12. September in Kopen stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Bericht des Vorstandes über die Prüfung der Arbeitsverhältnisse der deutschen Städte (auf Beschluß der Hauptversammlung in München 1908). 2. Stellungnahme zur Frage der Arbeitslosenversicherung. 3. Antrag München betr. Neuemietung der Reichstagsgebäude. 4. Geschäftsbericht. Die Stadt Berlin wird 22 Vertreter entsenden, 9 Magistratsmitglieder und 13 Stadtverordnete. Bei den 13 Stadtverordneten sind drei Sozialdemokraten, die Parteigeflohen Dupont, Glode und Ritter.

Kaiserkrone. Mit der Eröffnung eines modernen Familien-Volksheaters hat die Direktion einen guten Will

geboten. Das Künstler-Ensemble brachte einen von dem Leiter deselben, Herrn Albert Zille, bearbeiteten Schwank „Ein Malheur im Bad Diente“ recht gut zur Darstellung und erntete reichen Beifall des gut besuchten Hauses. Das Ensemble dürfte auch bei der Aufführung von Volksstücken auf regen Zuspruch rechnen. Der Besuch der Vorstellungen ist bei den niedrigen Eintrittspreisen besonders für Familien zu empfehlen.

Aus dem Lande.

Oldenburg, 19. Juni.

Wahlverein Stadt und Stadtgebiet, Versammlung am Mittwoch den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Das Gewerkschaftsfest hat unter recht starker Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder stattgefunden. Der Festzug wirkte durch die Masse imponierend und war zahlreicher noch als seine Vorgänger. Genosse Wagner hielt die Festrede, dem gewerkschaftlichen und politischen Zusammenfluß das Wort redend. Durch ein Gewitter erhielt das Fest eine kleine Störung, bald aber entwickelte sich wieder auf dem Festplatz reges Treiben. Das Fest nahm einen schönen Verlauf.

Der Rosenrummel ist überstanden. War das ein aufdringlicher Bittel auf den Straßen, so ausdrücklich, wie ihn nur die Kirche betreiben kann, nach dem Grundsatze handend: „Geld stinkt nicht“. Es kam uns gleichgültig rein, wie die Kirchenrenten ihre Gelder aufbringen; der Bittel aber an die Allgemeinheit, wie er hier betrieben wurde, ist es, der entsetzliche Abgabe erfahren muß. Greulicher Weise haben wir kaum einen Arbeiter gesehen, der mit dem Merkmal des konfessionellen Rummels herumliefe. Das honeste Bürgertum amüsiert sich mal wieder an einem Wochentage. Es amüsiert sich für die Kirche, das evangelische Gemeindehaus und — für die Armen, denen man von Ueberfluß etwas zukommen lassen will. Eine praktische Müßiggang: lustig sein für die Armen, die Opfer dieser Weilschaftsordnung! Anders ist Wohlthätigkeit nicht mehr möglich. Wen muß nicht ein bitteres Gefühl beklagen bei diesem Gedanken. Und hinter diesem Bittel leben Waisen, predigend, „werft alle Reichtümer von euch und folgt Jesum nach“. Wenn doch die Arbeiter, die den Charakter der Kirche annehmen und mit ihr innerlich gebrochen haben, die nur ein Werkzeug im Dienste der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zur Niederhaltung der Arbeiter sein will, die Konsequenzen zögen und dieser Kirche den Laufpaß gäben.

Die Maul- und Klauenseuche greift immer weiter um sich. Während der Seuchenzeit nach der am 30. Mai herausgegebenen Statistik 35 Gemeinden mit 140 Schäfchen betrug, sind bis zum 13. Juni 10 Gemeinden mit 185 Schäfchen neu betroffen worden. Seuchenfrei sind nur die Städte Oldenburg, Sarel und Teer und die Kemter Westerstede und Rüstingen.

Leer, 19. Juni.

Ausperrung. Am Sonntagabend sind bei der Firma Bodhoff & Co. 50 Proj. der organisierten Arbeiterchaft infolge der Differenzen bei der Firma A. Schreiber geständig. Die übrigen nichtgeständigen erklärten sich mit ihren Kollegen solidarisch und reichten ebenfalls die Kündigung ein, somit wird der Kampf größere Dimensionen annehmen, indem man circa 120 unbeteiligte Arbeiter wegen der ablehnenden Haltung der Firma A. Schreiber aufs Pfahler wirft. Die von leitens des Herrn Stadtschultheiß Tiphart angebahnte Vermittlung zwecks Verhandlungen wurde von leitens der Firma abgelehnt.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. Am Sonntagabend kam auf der Preussischen West in Einswarden der Arbeiter Wäde unter einer Kowur und wurde schwer verletzt. — Kinder aus Gehöften, über die wegen der Maul- und Klauenseuche die Sperre verhängt ist, dürfen in Elzerdeich die Schule nicht besuchen.

Aus aller Welt.

Päpstlicher Kämmerer als Deserteur. Das Kriegsgesicht der 16. Division zur Exerz verurteilte den päpstlichen Geheimkämmerer und Hausprälaten Wörth aus Rom wegen Fahnenflucht zu 6 Monaten Gefängnis. Der Verurteilte begab sich 1887, als er noch Kellner war, ins Ausland, ohne seiner Militärpflicht zu genügen. Er betrieb dann in Rom theologische Studien, die ihn zu den jetzigen hohen oostämischen Würden emporführten. Der Prälat stellte sich freiwillig der Militärbehörde.

Kleine Tageschronik. Beim Unterlassen des Revolvers seines Vaters erschloß sich der jehnjährige Sohn des Arbeiters Embe in Rallel. — In Eustirchen (Mählen) fiel aus einem Wagen ein Beroh herab und zerquetschete dem Brauer Hupp den Schädel, jedoch der Tod auf der Stelle trat. — Der achtjährige Sohn des Bandwirts Glas in Mosowitz band sich den Strick der von ihm gehaltenen Kuh um den Leib. Die Kuh wurde wild und der Knabe zu Tode gefressen. — Auf einer Wiese bei Dortmund hatten Kinder Feuer angezündet. Ein fünfjähriger Knabe kam dem Feuer zu nahe und wurde lebensgefährlich verbrannt. — Bei dem Brande von vier Wirtschaftsgewöuden bei Gropesmählen kamen etwa 100 Schafe und 50 Schweine um. — Von einem Keilerort stürzte in Hanau der Arbeiter Schmidt ab und starb bald darauf. Der Verlorbene hinterläßt Frau und sechs Kinder. — Von einem wütenden Bullen angegriffen und getötet wurde auf der König. Domäne Al. Vertung bei Witten ein Arbeiter. — Bei dem Brande eines Hauses in Zempelburg fand eine alte Frau den Tod in den Flammen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 19. Juni. In einer gestern von mehr als 2000 Personen besuchten Versammlung des Buchdruckerpersonals der Firmen Roffe, Witteln und Scherl wurde mitgeteilt, daß bereits gestern Abend beschlossen worden sei, die Arbeit bei den Firmen Roffe und Witteln sofort wieder aufzunehmen. Nach äußerst stürmischer Debatte wurde auf Antrag mehrerer Organisationsvorsitzender mit fast allen

gegen wenige Stimmen beschlossen: Das Personal der Firma Scherl, soweit es nicht entlassen ist, nimmt morgen, Montag, die Arbeit wieder auf. Die 33 Entlassenen wählen eine aus drei Personen bestehende Deputation, die morgen mit der Geschäftsleitung der Firma Scherl verhandeln wird. Wie die „D. Z.-Ztg.“ mitteilt, hat am Freitag eine geheime Versammlung der Straßenbahner in Berlin stattgefunden, in welcher der Streik so gut wie beschlossen wurde. Der endgültige Beschluß soll erst am Montag gefaßt werden. Die Straßenbahner wollen ihre Forderungen unter allen Umständen durchsetzen. Die plötzliche Rückkehr des Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow wird mit dem drohenden Streik in Verbindung gebracht.

Stuttgart, 19. Juni. Die Zweite Kammer hat die Gehaltsordnung für die verschiedenen Kategorien der Lehrer und Lehrerinnen angenommen.

Waldenburg i. Schl., 19. Juni. Auf der Grube „Cäsar“ wurden sechs Bergleute durch plötzlich hereinbrechende Gesteinsmassen verschüttet. Drei wurden geboren, von denen aber einer bald nach der Auffindung gestorben ist. Die drei anderen sind noch nicht geboren worden.

Hirschberg i. Schl., 19. Juni. Der Dachdecker Brandenburg, der bei einem Einbruchdiebstahl eine hinzukommende Frau erwürgte, ist vom Schwurgericht zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Amsterdam, 19. Juni. Sonnabend abend sind hier 15 von der Königlich niederländischen Schiffahrts-Gesellschaft angewordene Seeleute aus Hamburg eingetroffen. Die Ausständigen wollten sie hindern, sich auf das Bureau der Gesellschaft zu begeben. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Schutzleuten und Ausständigen, wobei erstere von der Waffe Gebrauch machen mußten. Es gelang den Ausständigen, vier von den fünfzehn Angewordenen zurückzuhalten. Doch vermochte die Gesellschaft ihren Dampfer Pallux zu bemanen, der in der Nacht abgegangen ist.

Paris, 19. Juni. Der Kriegsminister hat an die Regimentskommandeure einen Erlass gerichtet, worin er die strengste Unterdrückung antimilitärischer Kundgebungen und Handlungen verlangt. Soldaten, die zweimal solcher überführt werden, sollen in die Strafkompagnien eingereiht werden.

Issy-les-Moulineaux, 19. Juni. Der Flieger Leutnant Princeteau ist tödlich abgestürzt. Sein Leichnam wurde mit Brandwunden bedeckt; unter dem in Brand geratenen Aeroplane hervorgezogen.

Sollers, 19. Juni. Der Flieger Dolger, der zu dem Europäischen Rundflug gestartet war, ist bei Bilers Cotteries abgestürzt. Er trug schwere Verletzungen am Kopf davon.

London, 19. Juni. In Glasgow hat der Seemannsstreit erhebliche Störungen mit sich gebracht. Beim Secretariat des Seemannsverbandes traf ein Schreiben der Allg. Arbeitervereinigung von Paris ein, in welchem den Streikenden die Sympathie und Solidarität der französischen Arbeiter ausgesprochen wird. Es sei Vorfrage getroffen, daß keine französischen Arbeitswilligen den Streikenden in den Rücken fallen.

Glasgow, 19. Juni. Von drei Auswandererdampfern, die in Greenock ihre Rannschaft vervollständigen wollten hat nur einer mit genügender Besetzung in See gehen können.

Rardiff, 19. Juni. Von den Streikenden wurden einige Streikbrecher in ein Dof geworfen. Die Polizei zettete sie vor dem Estricken.

Lissabon, 19. Juni. Die hiesige Polizei hat die Organisation einer monarchistischen Verschwörung in Südportugal entdeckt. Die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen haben die Verschwörung unterdrückt. Die Verschwörer sind in der Mehrzahl ehemalige Polizeibeamte. Munizipalgardisten und Agenten katholischer und franquistischer Vereine. Sie waren von dem Vater Melino Figueiredo und von Dr. Abel Campos angeworben worden. Letzterer ist verhaftet.

Konstantinopel, 19. Juni. Nach amtlichen Nachrichten haben einige Kosaken bei Wajazid versucht, die russisch-türkische Grenze zu passieren; sie wurden aber durch türkische Gendarmerepatrouillen daran gehindert. Die Kosaken erschossen zwei Gendarmen. Der russische Konsul und der Ball von Erzerum haben sich an den Ort der Tat begeben, um die Untersuchung einzuleiten.

Orientalfen.

- 1. Die Bundesratsvorschriften für die Buchdruckerien und Schriftsetzereien bestehen seit dem 31. Juli 1897.
- 2. Die Fuhrböden sind täglich mindestens einmal durch Abwaschen oder feuchtes Wischen vom Staube zu reinigen.
- 3. Das Ausblasen der Röhren darf nur mittelst eines Abwaschbalses im Freien stattfinden und jugendlichen Arbeitern (unter 16 Jahren) nicht übertragen werden.
- 4. Die Spundkappe müssen täglich gereinigt werden.
- 5. Die Wajchvorrichtungen sind sofort nach Gebrauch zu reinigen.

Wetterbericht für den 20. Juni.

Märmer, mäßige südliche Winde, wechselnde Bewölkung, erneut Regenfälle.

Brandworte. Redakteur: G. Meyer in Dorel. Verlag von Paul Hug. Notationsdruck von Paul Hug & Co. in Rüstingen.

Hierzu eine Beilage.

Grosser Extra-Verkauf

Reste und Coupons.

Kleiderstoffe : Baumwollwaren : Waschstoffe : Gardinen

Besatzseide : Läufertoffe : Waschstoffe

zum Ausschneiden in Längen von 1 bis 6 Metern

Jeder Rest 15 25 35 50 65 75 95 Pf.

Besätze, Spitzen, Stickereien, Bänder

Jeder Rest 5 15 30 50 75 Pf.

J. Margoniner & Co.

Marktstrasse 34 — Gökerstrasse 8.

:: Voranzeige! ::

Am Mittwoch den 21. Juni cr.
— beginnen meine —

Reste-Tage!!

Hubert Hoffmann
Gökerstrasse 20.

== Empfehle ==
formvollendete und bequem sitzende

Korsetts

Pariser, Brüsseler und deutsches
Fabrikat zu den billigsten Preisen

von Mk. 2.90 an.

Sommer-Korsetts, Leibbinden
* und Damen-Strümpfe. *

b. Wecke, Gökerstr. 10.

Korsett-Spezial-Geschäft.
Spezialität: Anfertigung nach Maß.

Achtung! Fischverkauf!

Dienstag früh am Meier Weg aus dem Waggon und Gökerstrasse 4 von 8 Uhr ab. Lebendfrische Ware in allen Sorten.

Großer Schollenfang!

Hochfeine Bratschollen 20, 22 Pf.	Hochfeine Kochschollen	25 Pf.
Hochfeine große Schellfische, 2—5pfändig		25, 20 Pf.
Hochfeine mittel Schellfische		20, 18 Pf.
Hochfeine Bratschellfische 15, 13 Pf.	Hochfeine Carbonade	25 Pf.
Hochfeine Goldbarsche 17 Pf.	Hochfeine Seelachs	15 Pf.
Hochfeine Emder Fettserringe	Dhd. 40 Pf.	
Hochfeine Heilbutt	40, 45 Pf.	

Konsum- u. Sparverein für Bant u. Umgegend.

Wir empfehlen

Molkereibutter I, Pfd. 1.24 Mk.
Molkereibutter II, Pfd. 1.14 Mk.

Ferner ab Hauptlager, Wilhelmshav. Straße:

Eilster Fettkäse (Ausschuh) pr. Pfund 58 Pf.
bei Abnahme in Köpfen. Der Vorstand.

Soziald. Wahlverein für die Landgem. Barel.

Sonabend den 21. Juni abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung im „Fürsten Bismarck“ in Dangastermoor.

Wichtige Tagesordnung. u. a.: Bericht von der Parteikonferenz in Oldenburg und Stellungnahme z. Landtagswahl. Volljähriges Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Buljadingen.

Bom 19. bis 23. Juni:
Hebung der Beiträge
Wessels, Rechnungsf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Rüstingen-Wilhelmshaven.



Nachruf!

Hiermit den Kollegen zur Kenntnis, daß nach langer Krankheit unser Mitglied, der Dreher

Max Kaiser

am Sonabend verstorben ist. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Ortsverwaltung.

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittag 3 Uhr vom Werkstranzenhause aus statt. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Achtung! Bezirksführer!

Mittwoch, 21. Juni, 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Galteland.

Sozialdemokr. Wahlverein Brake.

Mittwoch den 21. Juni cr. abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal.

Tagesordnung: —
1. Bericht von der Parteikonferenz.
2. Landtagswahl betr.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.



Todes-Anzeige.

Sonabend nachmittag 5 1/2 Uhr entschlief sanft und ruhig nach langem, schwerem, mit Geduld ertragen. Leiden mein innigstgeliebter Mann, meines Kindes treuerjüngender Vater, unser Sohn, Bruder, Schwager und Onkel,

der Dreher

Max Kaiser

im 33. Lebensjahre. Dieses zeigen an mit der Bitte um stille Teilnahme die trauernden Hinterbliebenen

Rüstingen, 17. Juni 1911
Marie Kaiser geb. Mander und Sohn nebst Verwandten.

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 21. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Werkstranzenhause aus nach dem Reuender Friedhofe statt.

Lord George über die „Belastung der Industrie“ durch Sozialpolitik.

Eigentumschutz und Menschenschutz.

In einer der Schriften, die das deutsche Reichsversicherungsamt zur Weltausstellung von St. Louis herausgegeben hat, ist schlagend nachgewiesen, wie unzutreffend die Behauptung industrieller Vorkämpfer von einer fast unenträglich Belastung der Industrie durch die Arbeiterversicherung ist. Denn die gesteigerte Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter kommt auch den Unternehmern in höherem Maße, als ihre Auslagen betragen, zugute. Ist doch die mächtige Steigerung der deutschen Produktion und ihrer angedeutet durch erhöhte Produktionskosten gefährdeten Ausfuhr auf dem Weltmarkt in denselben letzten Jahrzehnten vor sich gegangen, in denen die Arbeiterversicherung geschaffen und ausgebaut worden ist. In wirtschaftlichen Worten rechnet der taftische englische Reformminister mit dem gleichen Erfolggedanken ab in einer in Birmingham gehaltenen Rede. „Möcher Arbeiter erzählt mir, daß ein Arbeiter sich nicht entschließen kann, sich krank zu melden. Warum? Er weiß, daß, sobald er zum Arzt geht und ein paar Tage keine Arbeit sammelt, niemand für seine Familie sorgt. Wenn dieser Zustand für Pferde und Vieh gälte, würden die Landwirte dankbarer werden. Man denke an ein Braueisfeld. Wie gut ist es versorgt, gut gefüttert, gut behandelt. Führt es sich nicht wohl, dann ist ein Wärter da, der sich speziell um es zu kümmern hat. Er sagt: Es ist etwas mit ihm nicht in Ordnung. In diesem Tage bleibt sein Arbeitsplatz leer. Es wird vorgekommen und ärztlich behandelt, bis es wieder in Ordnung ist. Das ist nicht bloß Humanität; es ist auch geschäftlich richtig.“

Nimmt eine Maschine. Wie daran nur eine Kleinigkeit vernachlässigt, so wird es eine große Sache. Vielleicht gilt es nur, die Lager zu ölen oder eine Schraube anzuziehen. Aber wenn der Maschinist ihr nicht ein paar Tage Ruhe zur Reparatur gönnen will, dann bricht sie früher oder später zusammen und wird alles Unheil. Es ist geschäftlich richtig, einem solchen Ding die nötige Ruhezeit zu lassen, ehe das Unheil sich entwickelt. Wie viel wertvoller aber ist der Mensch als eine Maschine! Er ist etwas Besseres, aber er ist nicht besser daran. Niemand fühlt sich vorantunlich, nach ihm zu sehen. Niemand denkt daran, nachzusehen, ob dieses wunderbare Stück Maschinerte in Ordnung ist. Die Maschine hat ihren Eigentümer. Das Tier hat seinen Herrn. Wenn sie zusammenbrechen, kostet ihr Ertrag Geld. Ich will euch sagen, was in diesem Lande und in vielen anderen nottut: Im Staate muß das Bewußtsein entwickelt werden, daß diese Arbeiter sein Eigentum sind. Sie sind das kostbarste Gut jedes Landes. Geht nach Kanada und blickt ihnen in einer Hand eine Million unserer geschulten Arbeiter, in der anderen 100 Millionen Pfund Sterling. Sie werden keinen Augenblick zaudern. Es ist der Mann, das Weib, die sie brauchen, um Wohlstand und Gedeihen ihres Landes zu entwickeln und zu vervollkommen.“

In unserer industriellen Organisation ist zu wenig Sorge um das geistige und körperliche Wohl des Arbeiters. Das ist der Kern der Frage. Geiern erhebt ich ein Schreiben der Handelskammer Birmingham, in dem gegen den sog. Beitrag des Unternehmers protestiert wurde. Tatsächlich zahlt nicht der Unternehmer den Beitrag, sondern die Industrie. Bei der Fachtelgegebung der letzten 40, 50 Jahre zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Vertüchtigung der Arbeitszeit, Schaffung von Lutz und Licht gab es gewiß auch Handelskammern, die darin eine große Belastung des Unternehmers erblickten. Sie haben aber entdecken müssen, daß die Leistungsfähigkeit des Arbeiters in einem Maße gestiegen ist, daß beide Teile davon Vorteil haben. Die Handelskammer sagt: „Euer Vierteljährlich wöchentlich ist ein Aufschlag auf unsere Einkommensteuer. Das ist ein Grundverdienst. Sie rechnen doch auch nicht die Kosten für das Schmieren ihrer Maschinen, die Ausbesserung ihrer Werkzeuge zu ihrer Einkommensteuer. Es ist einer der Grundverdienste, deren Ausrottung wesentlich ist für die Steigerung von Wachstum und Wohlstand des Landes. Alles das trägt zur Steigerung der Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit der Klasse bei, und alles das ist wertvoll für Arbeitgeber und Arbeiter. Geld, das ausgegeben wird zur Erhaltung der Gesundheit und Kraft, der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit unserer Arbeiter, ist die beste Kapitalanlage.“

Die Worte des englischen Ministers mögen sich die Mehrheitsparteien (Zentrum, Liberale und Konserverative usw.) im deutschen Reichstage hinter die Ohren schreiben. Auch sie nehmen in ihrer Gewandtheit und Denkschnelligkeit die Klagen der Industriellen über die „unenträglich soziale Belastung“ immer für bare Münze und verhandeln die Sozialpolitik.

Gewerkschaftliches.

Schwerer Konflikt in Berliner Zeitungsdruckereien.

Zu dem unter „Reiten Nachrichten“ in der Sonntagsnummer gemeldeten Konflikt zwischen der Firma Scherl und ihren Maschinenmeister durch die Rotationsmaschinenmeister der Firma August Scherl haben am Freitagabend die Arbeit niedergelegt, weil infolge Urteils des Tarifamtes zwei Maschinenmeister wegen Tarifbruchs entlassen worden waren, mit denen die Streikenden solidarisch erklärten. Der Verband der Buchdrucker wurde sofort zu Hilfe geholt und das Tarifamt

trat zusammen. Die Maschinenmeister liehen sich aber nicht bewegen, die Arbeit wieder aufzunehmen, bevor ihre Forderung, die Wiederherstellung der Entlassenen, nicht erfüllt sei. Deswegen konnte die Freitag-Abendausgabe des „Berliner Lokal-Anzeigers“ und der „Berliner Abend-Zeitung“ sowie die Sonnabend-Morgenausgabe nicht erscheinen. Auf Grund von Abmachungen sollten die Firmen Woffe und Willein für Scherl Ausschilfe leisten. Das Personal verweigerte auch hier die Arbeit und deswegen erschienen am Sonnabend morgen auch das „Berliner Tageblatt“, die „Morgenpost“ und die „Volkszeitung“ nicht. Die in Betracht kommenden Maschinenmeister sind, wie eine Erklärung des Buchdruckerverbandes und des Tarifamtes der Buchdrucker, „wegen des begangenen außerordentlich groben Tarifbruchs und der damit im Zusammenhang stehenden groben gewerkschaftlichen Disziplinslosigkeit“ aus dem Verbande der Deutschen Buchdrucker ausgeschlossen worden.

Die genannten Firmen erklären in der Sonnabendmorgens-Ausgabe eine Erklärung im Sinne dieses Berichtes mit dem Schlußsatz, daß infolge dessen die Zeitungen der drei Firmen nicht erscheinen können. In Wirklichkeit sind die Blätter der Woffe- und Willeinverlage doch nicht erschienen, weil sie sich mit Scherl solidarisch erklärt haben und von ihrem Personal verlangten, die Scheidblätter herzustellen, was dieses ablehnte.

Das Tarifamt befahte sich sofort mit dem Streikfall und gab, provoziert durch ein Flugblatt, das die Streikenden in Berlin verbreiteten, folgende Erklärung ab, die ebenfalls als Flugblatt verbreitet wurde:

Erklärung:

Die Zeitungs-Rotationsmaschinenmeister der Firma August Scherl, G. m. b. H., haben heute nachmittag unter wiederholtem Kontrat- und Tarifbruch die Arbeit niedergelegt. Veranlassung hierzu ist angeblich ein Urteil des Tarifamtes, der obersten Schiedsinstanz im Buchdruckgewerbe. Trotz stundenlanger Verhandlungen, trotz weitestens Entgegenkommens der Firma August Scherl, G. m. b. H., und trotz gütlichen und ernstlichen Juredeos aller hierfür in Betracht kommenden Stellen: der Geschäftsleitung, der Tariforgane, der Gew- und Zentralleitung des Verbandes der deutschen Buchdrucker, haben die Maschinenmeister darauf bestanden, daß die infolge des vorerwähnten Urteils des Tarifamtes entlassenen zwei Maschinenmeister wieder einzustellen sind, und daß ihr nicht früher die Arbeit aufnehmen würden, als bis ihrer Forderung entsprochen sei. Das übrige Personal, Scherl und Steuereinzugs, hat sich diesem Vorgehen nicht angeschlossen.

Die Abendausgabe des „Berliner Lokal-Anzeigers“, des „Tag“, sowie die „Berliner Abend-Zeitung“ konnten infolgedessen nicht erscheinen. Neue Vermittlungen der vorgeannten Organe, alle Hinnahme auf die hieraus sich ergebenden Konsequenzen für die betreffenden Maschinenmeister und die für das Gesamtgewerbe entscheidenden Gefahren haben die Maschinenmeister nicht oceanah, ihre völlig unverständliche Stellung aufzugeben. In ihrem Bedauern haben die zuständigen und vorerwähnten Organe des Verbandes der deutschen Buchdrucker sich genötigt gesehen, die in Betracht kommenden Maschinenmeister wegen des begangenen außerordentlich groben Tarifbruchs und der damit im Zusammenhang stehenden groben gewerkschaftlichen Disziplinslosigkeit aus dem Verbande der deutschen Buchdrucker auszuschließen.

Die Unbefonnenheit der in Frage kommenden Personen muß aufs tiefste bedauert werden. Trotz dieses Vorfalls vertrauen wir im Interesse des großen sozialen Friedenswerkes, der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker, auf die unbedingte Tariftreue aller in Betracht kommenden deutschen Buchdruckerinstanzen und -gehilfen.

Das Flugblatt der Streikenden lautete:

Zur Aufklärung der Berliner Arbeiterschaft.

Nachdem die drei größten Zeitungsbetriebe Berlins durch Flugblatt und Säulenanschlag ihre Abonnenten und die Berliner Bevölkerung auf die Gründe des Nichterscheinens des „Berliner Lokal-Anzeigers“, „Morgenpost“, „Berliner Tageblatt“, „Volkszeitung“ und „Allgemeine Zeitung“ aufmerksam gemacht, hält das im Auslande befindliche Personal dieser drei Betriebe zur Steuer der Wahrheit es für notwendig, nun auch seinerseits der Berliner Bevölkerung die Gründe zu seinem Verhalten zu unterbreiten.

Vor einigen Wochen wollte die Geschäftsleitung der Firma Scherl den Druckern an den Rotationsmaschinen eine schlechtere Arbeitszeit aufzwingen. Nachdem diese Absicht der Firma vereitelt wurde, kam es zu einer Verständigung dahingehend, daß für eine bestimmte Zeit die alte Arbeitszeit beibehalten wird. Pünktlich, am letzten Montag, forderte die Firma von den Druckern die Einführung der von ihr festgesetzten Arbeitszeit und entlich ohne vorhergehende Ermahnung die beiden Vertrauensleute der Maschinenmeister.

Nachdem alle Verhandlungen, welche die Wiederherstellung der beiden gemahregelten Vertrauensleute bezweckten, ergebnislos blieben, legten die 37 Drucker am gestrigen Nachmittage die Arbeit nieder.

Die Firma verlangte nun von dem übrigen Personal die Erledigung der Arbeiten, was mit dem Hinweis auf die Solidarität abgelehnt wurde.

Witterwelle harte sich die Firma Scherl mit den Firmen Woffe und Willein in Verbindung gesetzt. Die letzteren beiden Firmen haben der Firma Scherl ihre Hilfe zugesagt, die in der Weise geleistet werden sollte,

daß das Personal von Woffe und Willein die Zeitungen der Firma Scherl herstellen sollte.

Dies wurde von beiden Personalen ebenfalls abgelehnt. Eine Weigerung des Personals, die „Morgenpost“, „Tageblatt“, „Volkszeitung“ oder „Allgemeine Zeitung“ fertigzustellen, hat nicht stattgefunden. Nachdem haben die letzteren beiden Firmen auf die Herstellung ihrer eigenen Blätter verzichtet. Ein weiteres Entgegenkommen der Firma Scherl den Druckern gegenüber, wie im Flugblatt der Firma behauptet wird, ist nicht geübt worden.

Der „Vorwärts“ leitet die Berichterstattung und Besprechung des Streikfalles wie folgt ein:

„Schon lange wachte man in Fachkreisen, daß es im Betriebe der Firma Scherl „kisselt“. Das Personal ist mit der ganzen Art der Behandlung nicht einverstanden. Als dann vor Weihnachten des vorigen Jahres die Geschäftsleitung die Entlassung von sieben Maschinenmeistern vorlegte, zu gleicher Zeit aber Ueberstunden verlangte in einem Umfang, daß die Entlassung der sieben, wenigstens für einige Zeit, sich erübrigte hätte, schwall die stille Verstimmlung zum lauten Protest an und das Maschinenpersonal verweigerte kurzerhand die Arbeit. Von da an lagen Firma und Maschinenpersonal lagend vor den Tarifinstanzen, und mehrfach drohte der Konflikt nach außen in die Erscheinung zu treten. Den Verhandlungsvertretern und den Vertrauensleuten gelang es jedoch nicht, jedesmal, die Injurierenden von Schritten zurückzuhalten, die an sich sehr begründlich, aber im Angesicht der Situation im Buchdruckgewerbe sehr unlang gewesen wären.“

Am Schluß der Besprechung ist der „Vorwärts“ der Ansicht, daß die Maßnahmen der Firma Scherl provoziert werden mußten, indem sie das in der Beurteilung der Qualifikation der Vertrauensleute der Maschinenmeister anfechtbare Urteil benutzten, dieselben zu mahregeln. Der „Vorwärts“ gibt folgendes Urteil ab mit Rücksicht darauf, daß die Arbeiterseite schlimmerer Sorte sich bereits mit dem dauerlichen Streit befaßt:

„Die Scharfmahnerreihe aller Richtungen nimmt natürlich die Sache zum Anlaß, entweder gegen die Tarifgemeinschaft an sich oder wenigstens gegen die Arbeiterschaft nach Kräften zu gehen. Dazu regt wohlrich kein Anlaß vor. Wir stehen nicht an zu erklären, daß Gehör auf allen Seiten gemacht worden sind. Nicht zuletzt auf Seiten der Arbeiter! Ihr Vorgehen ist menschlich begründlich. Es ist von schöner Kollegialität diktiert. Aber die selbst gegebenen Gesetze der Tarifgemeinschaft gestatten diesen Akt der Selbsthilfe nicht. Es war der Arbeiterschaft unbedenken, gegen die Beschimpfung ihrer Kollegen, gegen deren Entlassung zu protestieren; aber sie mußten dabei die Mittel anwenden, welche der Tarifvertrag ihnen vorschreibt! Aber Gehör haben auch bezogen die Firma Scherl, das Tarifamt und die Firmen Woffe und Willein. Ohne diese Fehler auf allen Seiten konnte der Konflikt nicht diesen Umfang gewinnen!“

Der Berliner Gewerkschaft hat im Vorwärts folgende Erklärung veröffentlicht:

Erklärung:

„Die unter grobem Disziplinbruch in den Auslande getretenen Rotationsmaschinenmeister der Firma August Scherl haben in Gemeinschaft mit ihren Kollegen der Firmen Woffe und Willein ein Flugblatt an die Berliner Arbeiterschaft verbreitet, das geeignet ist, nicht nur ein fälschliches Bild von der augenblicklichen Situation im Berliner Buchdruckgewerbe zu geben, sondern vor allem Unruhe in die Kreise unserer Berufs- und Verbandskollegen zu bringen. Wir ersuchen deshalb auch auf diesem Wege unsere Kollegen, sich nicht zu Unbedenkenheiten hinreißen zu lassen, sondern raten dringend, auf jeden Fall die für ein Verhandlungsmitglied selbstverständliche Disziplin und die Autorität der leitenden Stellen unseres Verbandes zu wahren. Der übrigen Arbeiterschaft empfehlen wir, sich bei Beurteilung der ganzen Konfliktssache nur auf diejenigen Erklärungen zu verlassen, die leitens der Organisation herausgegeben werden. Die Organisationsvertretung ist im Interesse des gesamten Gewerkschaftslebens gezwungen, so, wie geschehen, zu handeln, und wir erwarten deshalb in erster Linie von der Berliner Kollegenschaft, streng gewerkschaftliche Disziplin zu wahren, schon um der Gefahren willen, die eine gegenteilige Stellungnahme für die Kollegenschaft und weiter für die gesamte Arbeiterschaft im Gefolge haben könnte.“

Am Sonnabendabend 7 Uhr fand in den „Arminhallen“ eine Versammlung der beteiligten Arbeiter statt, die so stark besucht war, daß der große Saal zu klein war, die Erscheinung war sehr erregt. Die Stimmung war sehr erregt. Nachdem zur Kenntnis genommen worden, daß die Firmen Woffe und Willein von ihren Arbeitern keine Streikarbeit mehr verlangen wollten, wurde beschlossen, dort die Arbeit wieder aufzunehmen. Bei Scherl jedoch sollte der Streik fort dauern.

Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe. Weil die große Ernte, die die Unternehmer von ihrer Wereldtätigkeit zur Erlangung von Arbeitswilligen erhoffen, ausbleibt, schreiben sie jetzt wieder kräftig nach der Polizei. Die „Hamburger Nachrichten“ bringen alle Tage neue Schauer-nachrichten über Verhandlungen Arbeitswilliger. Wenn

aber tegenover die persoonlijke Freiheit in Hamburg bedroht, so sind es die Arbeitswilligen, und wenn irgendwer die persönliche Freiheit nicht liebt, so ist es in vielen Fällen die — Polizei. Die Holzarbeiter sehen sich sogar gezwungen, an die Hamburger Arbeiterschaft in einem in hunderttausenden von Exemplaren verbreiteten Flugblatt zu appellieren, weil die Ueberfälle durch Streikbrecher sich mehren. Einer ganzen Anzahl der Arbeitswilligen konnten gedemontrierte Revolver, Messer Schlagringe und Gummihüpfel abgenommen werden, sodas ein ganzes Zimmer mit den den Streikbrechern abgenommenen Revolvern ausgestattet werden konnte. Und dabei wagt es dieses Presselicht noch, die kämpfenden Holzarbeiter — fast durchweg Familienväter — in dieser Weise zu beschuldigen. Nur der straflose Diebstahl der Arbeiter ist es zu danken, das es noch nicht zu Ausschreitungen gekommen ist. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zur Information über den Hamburger Holzarbeiterstreik. Im „Hamburger Echo“ vom Sonnabend ist eine Notiz enthalten, wonach der Streik der Holzarbeiter in Hamburg beendet ist. Um Verweilen zu vermeiden, wird darauf aufmerksam gemacht, das der Streik der Fischer fortandauert. Der Streik, von dem im „Hamburger Echo“ die Rede ist und der beendet wurde, ist ein Streik der Holzplanenarbeiter, welcher vom Fabrikarbeiterverband geführt wurde.

Werftarbeiterstreik in Landsberg a. W. Die Arbeiter der Wert A. Paulsch in Landsberg a. W. stehen im Ausland. Sie hatten durch die Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes Forderungen einreichen lassen. Die Firma antwortete, das sie mit ihren Arbeitern die Wünsche besprechen und, soweit es notwendig erscheint, ihnen nach Möglichkeit Rechnung tragen werde. Es haben nun Verhandlungen stattgefunden, aber zu keinem für die Arbeiter zufriedenstellenden Resultat geführt. Die Löhne sind außerordentlich niedrig, werden doch Löhne von 23 Pf. pro Stunde für die überaus schwere und gesundheits-schädliche Arbeit bezahlt. Zugang von Metallarbeitern aller Art ist nach Landsberg fernzuhalten.

Aus dem Lande.

Shortens, 19. Juni.

Feuer kam heute früh gegen 4 Uhr in dem Gewebe des Landwirts Käten zum Ausbruch. Das Wohn- und das Stallgebäude wurden eingeäschert. Gerettet werden konnten nur wenige Gegenstände. Vieh ist nicht umgekommen.

Barel, 19. Juni.

Eine Stadtratssitzung ist auf Freitag, nachm. 5 Uhr, einberufen mit folgender Tagesordnung: 1. Zweite Lesung, betr. Verkauf eines Bauplans an der Windmalle; 2. zweite Lesung, betr. Verkauf von Grundstücken an der Bahnhofstraße; 3. Ergänzung der Bauordnung; 4. Beschlußfassung über die Sägunng 1 der Stadt Barel, betr. die Einrichtung des Gemeindefriedens.

Wöchentlich verstorben ist am Freitag Abend an Herzschlag der Volkstheater a. D. Wilhelm Jenke, eine in weiten Kreisen bekannte Persönlichkeit. Kurz vorher hatte 3. noch seinen gewöhnlichen Spaziergang gemacht.

Das kommt von der Heimlichkeit. In der von uns in der Sonntag-Nummer d. Bl. erwähnten Beleuchtungsfrage hat keine Anteilnahme zwischen Rädger und Beflagten stattgefunden, sondern der Beflagte hat sämtliche Kosten übernommen und zahlt 30 Mk. für einen wohlthätigen Zweck. Leuzer bezahlte Klafschel.

Oldenburg, 19. Juni.

Der Eisenbahnrat hält am 30. Juni in Jeder im Hotel „Zum Erbrogberg“ eine Sitzung ab, in welcher er folgende reichhaltige Tagesordnung zu erledigen gedenkt:

1. Vorlage der Eisenbahndirektion, betreffend Späterlegung des Zuges Nr. 403 von Wildeshausen aus zur Abfertigung der Uebergangszeit auf den Zug Nr. 3 (ab Delmenhorst 12.04 Uhr nachmittags).
2. Antrag des E.-R.-M. Rebenbick, den Zug Nr. 47a (ab Nordenham 4.48 Uhr nachmittags) in Rodentkirchen halten zu lassen.
3. Antrag des E.-R.-M. Bömer, betr. Verbesserung der Schwellenverbindungen nach Holland.
4. Antrag des E.-R.-M. Feldbus, den Vergnügungszug Nr. 725 Wilhelmshaven-Zwischenahn (ab Wilhelmshaven 1 Uhr, in Zwischenahn 2.29 Uhr nachmittags) in Eggeloge halten zu lassen.
5. Antrag des E.-R.-M. Huchting, betr. Einlegung eines weiteren Zugpaars zwischen der Friedländer Wehde und Westerstede mit Abfahrt entweder ab Bodhorn nachm. 1.25 Uhr im Anschluß an den Zug Nr. 244 oder ab Borgstede nachmittags 1.38 Uhr im Anschluß an den Zug Nr. 209 abends 7.48 in Bodhorn.
6. Antrag des E.-R.-M. Aderer, betr. Früherlegung des Zuges Nr. 201 (ab Ruumburg 6 Uhr morgens) um 50 Minuten und Weiterführung desselben von Bodhorn bis Eilenferdam zum Anschluß an den Arbeiterzug 98 w (ab Barel 5.29 Uhr morgens).
7. Antrag des E.-R.-M. Aderer, betr. Späterlegung des Zuges Nr. 129 (ab Wilhelmshaven 5.50 Uhr nachmittags) um 7 bis 10 Minuten.
8. Antrag des E.-R.-M. Aderer, betr. Späterlegung des Zuges Nr. 214 (ab Bodhorn 6.38 Uhr abends) um 7 bis 10 Minuten.
9. Antrag des E.-R.-M. Jürgens, den Personenzug Nr. 7 (ab Oldenburg 6.09 Uhr abends) auf der Station Heidtrag halten zu lassen.
10. Antrag des E.-R.-M. Dursthoff, den D.-Zug Nr. 106 nicht nur in der Zeit vom 15. Juni bis 30. September, sondern auch in den übrigen Monaten in Sande halten zu lassen.
11. Antrag des E.-R.-M. Dursthoff, betreffend Herstellung einer direkten Nachmittagsverbindung zwischen Barel und Westerstede.

12. Antrag des E.-R.-M. Dursthoff, betreffend Durchführung des D.-Zuges Nr. 108 (ab Bremen 11.28 Uhr abends, an Oldenburg 12.15 Uhr morgens) als Wilhelmshaven.
13. Antrag der Müllervereinigung Westerstede auf Einbeziehung der Station Westerstede in den Sechsaussnahmestarif.
14. Vorlage der Eisenbahndirektion, betreffend Ein-führung eines Ausnahmestarfs für frische Fische.
15. Vorlage der Eisenbahndirektion betreffend Herabsetzung der Frachten für Strassen bei Aufgabe als beschleunigtes Güter.
16. Vorlage der Eisenbahndirektion, betreffend Zulassung durchgepaarter Frachtbriefduplikate.
17. Vorlage der Eisenbahndirektion, betreffend Aufhebung des A. T. S. 42 für Zügeleisefabrikate zur Ausfuhr über See zur Vereinfachung des Tarifs. Nach unserer Feststellung sind Transporte (wenigstens in den letzten Jahren) nicht vorgekommen.
18. Vorlage der Eisenbahndirektion, betreffend Ausgleichung der Unterschiede von 3 Pfennig für 100 Kilogramm zwischen den Abfertigungsgebühren der Spezialtarife bei Entfernungsunterschieden von 1 Kilometer.
19. Vorlage der Eisenbahndirektion, betreffend Späterlegung des Zuges 19 (ab Oldenburg 7.40 Uhr) zwecks Herstellung des direkten Anschlusses an den D.-Zug 163 Bremen-Mannheim (ab Bremen 9.49 Uhr).

Anrecht getan hat man dem Dragoon, der vor einigen Tagen Selbstmord verübt hat, indem behauptet wurde, dieser Selbstmord führe auf eine Unrechtfertigung zurück. Wie sich herausgestellt hat, sind sämtliche Rechnungen, mit deren Belegung er beauftragt war, bezahlt. Die Leistungen wurden aufgefunden. Man hat daher keine Erklärung, warum der Dragoon, gegen den nach diesen Angaben nichts vorlag, freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

Delmenhorst, 19. Juni.

Sitzung der städtischen Räte. Eine Sitzung des Stadtrats, des Ausschusses der höheren Schulen und des Gesamtschulrats findet am Mittwoch den 21. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr in der Aula der Realschule statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Sitzung des Stadtrats:
 1. Zweite Lesung über Herstellung eines Elektrizitätswerkes und Bewilligung bis zu 275000 Mark hierfür, sowie Einlage der Elektrizitätsgesellschaft „Ganja“, betr. die Vergütung des Elektrizitätswerkes.
 2. Zweite Lesung über Verkauf einer Parzelle an der Langenstraße von Eismüller Rade.
 3. Genehmigung zur Anlegung einer Straße durch die Baugesellschaft „Schüssel“.
 4. Feststellung der Voranschläge der Kassen der engeren Stadt für die Zeit 1. Mai 1911/12.
2. Sitzung des Gesamtschulrats als Ausschuss der höheren Schulen
 1. Feststellung des Voranschlags der höheren Schulen für 1. Mai 1911/12.
 3. Sitzung des Gesamtschulrats.
 1. Genehmigung des Projektes betr. die neue Ostschule am Beckener Weg.
 2. Vandanauß für die Bahn Delmenhorst-Harpstedt (2. Lesung).
 3. Feststellung der Voranschläge der Kassen der Gesamtgemeinde für 1. Mai 1911/12.

Es ist vorgeschlagen, falls die Tagesordnung in einer Sitzung nicht zu erledigen ist, am Donnerstag den 22. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr anfangend, eine weitere Sitzung abzuhalten.

Wählerinnenwahl. In recht gutem Lichte erscheint uns in nachfolgendem Fall unser so viel gepriesener Wählerinnenwahl. Die Arbeiterin L. S. war vom 4. Juli 1910 bis zum 24. Februar 1911 in der Hanseatischen Zute-Spinn- und Weberei beschäftigt und Mitglied der Betriebskrankenkasse. Am 12. Februar hat die genannte Arbeiterin ein Kind geboren. Trotz wiederholten Verlangens verweigerte der Krankentassenvorstand die ihr zustehende Wählerinnenunterstützung, weil sie sich schon bei ihrem Arbeitsantritt in schwächerem Zustand befunden habe. Auch als von Seiten der Behörde die Aufforderung erging, die Unterstützung auszusprechen, wurde dieselbe noch verweigert, sodas der Klagenweg beschritten werden mußte. Wir lassen zur besseren Einsicht hier das Urteil folgen:

Entscheidung. In Sachen der Fabrikarbeiterin L. S. in Delmenhorst, Klägerin, vertreten durch den Geschäftsführer E. S. hier als Bevollmächtigter gegen die Betriebskrankenkasse der Hanseatischen Zute-Spinnerei und Weberei, Beklagte, ergeht gemäß § 58 des Krankentassenversicherungsgesetzes durch den Stadtmagistrat Delmenhorst hiermit folgende Entscheidung: Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin die statutarische Wählerinnenunterstützung zu zahlen und die Kosten dieses Verfahrens zu tragen. Die Entscheidung kann binnen vier Wochen mittels Klage im ordentlichen Rechtswege angefochten werden.

Gründe. Die Klägerin war vom 4. Juli 1910 bis zum 24. Februar 1911 bei der Hanseatischen Zute-, Spinn- und Weberei, hier, beschäftigt und während der Dauer ihrer Beschäftigung Mitglied der verlassenen Betriebskrankenkasse. Am 12. Januar hat die Klägerin ein Kind geboren. Als die Klägerin die im Statut festgesetzte Wählerinnenunterstützung bei der Beklagten in Anspruch nehmen wollte, wurde ihr die Unterstützung verweigert.

Die Klägerin hat sich durch ihren Bevollmächtigten gegen die Betriebskrankenkasse Klage erhoben und beim Stadtmagistrat als Ausschussbehörde beantragt, die Beklagte zu verurteilen, ihr die nach dem Statut zustehende Wählerinnenunterstützung zu überweisen.

Beklagte hat demgegenüber Abweilung der Klage beantragt, mit der Begründung, das die Klägerin bereits bei Aufnahme in die Kasse schwanger gewesen sei und

den Arzt über ihren Zustand gekundt habe, sowie das die Klägerin, als sie spärlich von dem Vorstand der Kasse dieserhalb zur Rede gestellt worden sei, schriftlich zu Gunsten der Kasse auf die Wählerinnenunterstützung verzichtet habe.

Der von der Beklagten angeführte Grund zur Ablehnung der Unterstützung ist nicht stichhaltig. Es ist nicht Sache der Versicherer, den Arbeitgeber oder die Krankentasse auf etwaige Momente hinzuweisen, die den baldigen Eintritt der Krankentasse zur Folge haben könnten. Weiterhin aber ist es mit dem Gesetze nicht vereinbar, das die Krankentasse ein Mitglied veranlaßt, auf die ihm zustehende Unterstützung zu verzichten. Ein solcher Verzicht ist rechtlich unzulässig; auch wenn die Klägerin daher früher schriftlich erklärt hat, eine Wählerinnenunterstützung nicht in Anspruch nehmen zu wollen, so kann sie ihren Anspruch dennoch jetzt wieder zu Recht erheben.

Es war daher, wie gesehen, zu erkennen. Delmenhorst, den 17. Mai 1911. Stadtmagistrat.

Einspruch hat der Krankentassenvorstand gegen diese Entscheidung nicht erhoben. Der Klägerin ist nun endlich nach fünfmonatlicher Dauer ihr Recht zuteil geworden. Wir glauben nicht sehr zu gehen, wenn wir der Annahme zuneigen, das durch ähnliche Fälle schon sehr oft die Versicherer geschädigt wurden, besonders dann, wenn wie in diesem Falle, die Arbeiterin der deutschen Sprache nicht mächtig ist. Es ist deshalb den Versicherern zu empfehlen, in jedem Falle, wo sie sich benachteiligt fühlen, sich sofort an geeignete Stellen zu wenden, damit ihnen zu ihrem Rechte verholfen wird.

Wochta, 19. Juni.

Wertwichtige Wirkung einer Predigt. Der „Oldenb. Volksztg.“ wird aus Goldorf berichtet: „Am 4. bis zum 11. d. M. ist hier von dem Vaters Kraft, Bräunung und Wicken eine h. Mission abgehalten worden; der in der Heiligkeit zu Reventlichen wohnende Vater Kronemer leitete die Mission im Beichtstuhl. Die Predigten, deren täglich drei abgehalten wurden, waren stets sehr gut besucht, so am Sonntag bei der Schlußfeier war die Kirche geradezu überfüllt, da auch noch auswärtige erschienen waren. In einem Abend wurde die Predigt abgebrochen; während der Predigt vom Vater der Hölle sprach, kam die Mitteilung, das das Wohnhaus der Witwe gr. Schlar-mann in Brand geraten sei; daselbst brannte vollständig nieder.“ Eine solche Wirkung seiner Predigt hat wohl selbst der Vater nicht erwartet.

Norden, 19. Juni.

Das Gewerkschaftsfest, das bereits auf den 2. Juli festgesetzt war, mußte auf acht Tage später, nämlich auf den 9. Juli, verlegt werden, weil es nicht möglich war, aus den ostfriesischen Städten eine Musikkapelle zu erhalten. Für den 9. Juli ist nun die Kapelle des Herrn Carl Weiskämper in Klüttingen engagiert. Herr Weiskämper wird den musikalischen Teil des Festes selber leiten. Zeitredner bleibt der Genosse Paul Jug aus Klüttingen.

Reer, 19. Juni.

Die Sperre über die Kornbranntweinbrennerei in Reer ist wieder aufgehoben, nachdem die Entlassung resp. Kündigung eines Arbeiters wieder zurückgenommen wurde. Wir geben zur Orientierung den Hergang kurz wieder: Vor einiger Zeit haben die Arbeiter dieses Betriebes sich größtenteils organisiert und reichten Ende Mai ihre Wünsche bezüglich Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen durch ihre Organisation an die Firma ein. Die erbetene Rückantwort blieb aus. Vorige Woche wurde dagegen dem Vertrauensmann gefändigt, obwohl ein Grund hierzu nicht vorlag. Richtig ist zwar, das dieser Mann einige Aufträge des Betriebsleiters nicht sofort ausführte und zwar weil er die Maschine und Dampfkegel nicht ohne Erlaubnis verlassen durfte. Daraus hatte die Betriebsleitung Arbeitsverweigerung hergeleitet, weshalb die Kündigung erfolgte. Durch nochmalige Unterhandlung klärte sich der Sachverhalt auf und wurde die Kündigung zurückgenommen. Die Lohnbewegung selbst hat allerdings damit ihre Erledigung noch nicht gefunden, weil hierin die Firma bisher jede Verbesserung entschieden ablehnte. In ihrer Erwiderung bezeichnet die Firma die Angaben in der Sperrnotiz als unwahr und hebt hervor, das sie organisierte und unorganisierte Arbeiter beschäftigt. Den ersten Teil der Begründung der Sperre bereitet das Vorstehende, zum zweiten Teil geben wir die Vorgänge, wie diese festgesetzt wurden, kurz wieder. Als der frühere Vertrauensmann es vorzog, lieber den Betrieb zu verlassen, als noch länger zu den bestehenden Verhältnissen weiterzuarbeiten, äußerte der Braumeister: „Der eine ist heraus, der andere wird bald folgen“. Und richtig, als bald folgte die Kündigung jenes Arbeiters, der den Vertrauensposten übernommen hatte. Wie weiter festgestellt wurde, soll die Betriebsleitung einen mit Anwerbung eines Arbeiters beauftragten die Bedingung aufgegeben haben: „Ja keinen organisierten Arbeiter anzunehmen“. Die Firma bestritt dieses zwar und will nur einen „ruhigen Arbeiter“ annehmen aufgegeben haben. Unser Gewerksmann hält aber aufrecht, das erstere Bedingung aufgegeben wurde. Wie sehr reformbedürftig aber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind, ergibt sich aus den gegenwärtig bestehenden. Die Arbeitszeit ist 11 Stunden. Für diese sechsundsechzig Stunden Arbeit erhalten ein Schloffer 21 Mk., die anderen Arbeiter 18 Mk., ein 18jähriger Arbeiter sogar nur 15 Mk. Obwohl nach Angabe der Betriebsleitung der Geschäftsgang kein guter ist, so muß jedermann im Durchschnitt pro Tag zwei Ueberstunden machen. Daraus ergibt sich eine Arbeitsleistung von 13 Stunden pro Tag. Rehnlich liegen die übrigen Verhältnisse. Die Arbeiter haben erneut ihre Wünsche der Betriebsleitung dargelegt und wird sich nun zeigen, ob und wieviel diese hierin ein Entgegenkommen zeigen wird.

Schwaffer.

Diebst. 20. Juni: vormittags 6.31. nachmittags 6.45

Marie, die Strobflechterin.

Erzählung aus dem Landleben des Kantons Freiburg. Von P. Schöbber. Deutsch von Ferdinand Thies. (20. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

11. Kapitel.

Das Erscheinen der Behörden im Dorfe zu einer so ungewohnten Stunde mußte selbstverständlich die Neugierde der ganzen Einwohnerschaft erregen. Keine Viertelstunde verging und die Nachricht war schon in jedes Haus, in jede Familie gedrungen und je weiter sie getragen wurde, um so schrecklicher gestalteten sich die an dieselbe geknüpften Schauergerüchte. Gruppen von bedrängten Personen stationierten da und dort, jeder wollte mehr wissen als sein Nachbar. Bißige Vermutungen wurden Lauschen. Man suchte die Wähele, schüttelte die Köpfe, zwickte mit den Augen und die Unterhaltung nahm einen Ton an, der im Grunde genommen nichts sonderlichs, aber viel erraten ließ.

Eine unbeschreibliche Verblüffung bemächtigte sich aller, als man Leo bemerkte, wie er leicht und verständig in blutigen Kleidern langsam seiner Wohnung zustrückte. Mehr denn eine von den Weibern machten ihre höhnischen Bemerkungen, als sie ihn in so trauriger Verfassung einhererschreiten sahen. Man wollte ihm in den Weg treten und ihm nähere Erklärungen abtrotzen.

„Was ist passiert? Wer hat dich gestochen? Wo kommt du her?“ Diesen Fragen gegenüber war Leo aber förmlich angebunden.

„Es ist nichts“, antwortete er. „Eine Kauferei, nichts weiter, verbunden mit ein paar Messerschneiden.“ Und er nahm den Arm eines Freundes, der sich erbot, ihn nach Hause zu geleiten.

Dies alles trug aber nur noch mehr dazu bei, die Neugierde der Fragesteller zu erregen.

„Der will uns etwas verheimlichen!“ hieß es. „Ja, da ist nicht alles mit rechten Dingen zugegangen. Ich habe es doch schon längst vorausgesehen, daß es noch so kommen würde. Dieses Haus ist förmlich verhext!“ Diese und ähnliche Phrasen schwierten nur so durcheinander, denn alle wollten ihre Ansicht äußern.

So nach und nach zerstreuten sich endlich die Gruppen. Es war Frühlicht.

Bald jedoch wurde das Dorf durch ein anderes Ereignis in neue Aufregung versetzt. Ein Landjäger, vollständig in Schweiß gebadet und mit Staub bedeckt, eilte im Laufschritt durchs Dorf. Man suchte ihn aufzuhalten und auszufragen. Vergebliche Mühe! „Wichtige Nachrichten!“ rief er und setzte seinen Lauf fort.

Alles dies trug dazu bei, daß niemand mehr an die Arbeiten dachte. Männlein wie Weiblein liefen mit verstörtem Gesichte umher oder bildeten von neuem Gruppen, die debattierten und geflüsterten. Hätte man ein Regiment Soldaten angeordnet, die Erregung wäre keine größere gewesen. Der Herr Bruno, ein alter Junggeheule und kleiner Rentier, der als fahrende Zeitung der ganzen Gegend galt, war ganz aus Rand und Band. Er zog seinen Lederzieher an, nahm seinen Spazierstock und eilte nach Bulle, um sich unter der großen Linde zu plazieren, welche den Zugang zum Schlosse beherrschte.

Eine geheimnisvolle Stille herrschte über dem alten Ostdüde, das wie ausgestorben schien. Herr Bruno machte alle Versuche, irgend ein lebendes Wesen auszuwachen, er bildete in alle Winkel des Hofes, er begann Schmähschwärze auszuwischen gegen die obrigkeitlichen Behörden, welche sich über die doch berechtigten Reugier der ihrer Verwaltung unterstellten Personen nur lustig machten. Endlich tauchten ein paar blaue Brillengläser und der Glanz des alten Sergeanten der Landjäger aus dem Dunkel des Hofes hervor. Aus dem gemessenen Schritt und der grandiosen Miene des Alten mochte Herr Bruno schließen, daß derselbe ihm eine außergewöhnlich wichtige Neuigkeit würde mitteilen können.

„Holla! Sergeant! Guten Morgen!“ rief er ihm schon von weitem zu.

„Sie sind ja heute recht früh aufgestanden, Herr Bruno!“

„Ja, so ist es! ... Hab' wichtige Geschäfte! ... Was gibt's denn Neues auf der Westseite?“

„Im, nichts von Bedeutung! ... Na, na, es läuft ja doch immer etwas. Dürft' ich Ihnen ein Glas Wein offerieren?“

„Oh, das will ich Ihnen nicht abschlagen, wenn's Ihnen Vergnügen macht.“

Herr Bruno hatte das dem Sergeanten bezahlte Glas Wein nicht zu bereuen. Er erlaubte folgendes: Der Landjäger, welchen man am frühen Morgen durch das Dorf eilen sah, war einer von denjenigen, die zur Befolgung des Hexenmeisters ausgeschickt worden waren. Der Sergeant lagte aber nicht, weshalb der Hexenmeister verhaftet werden sollte, es schien, als wollte man die Sache geheim halten. Auf dem Wege zu der Hütte des alten Sünders, den die Landjäger dort zu finden hofften, gewohnten sie eine Anzahl Semmen, die um einen Gegenstand gruppiert waren, den die Beforscher nicht genau unterscheiden konnten. Was sie nun aber ihre Schritte nach dieser Seite hin lenkten, haben sie in einer scheinlich verstellten Leidenform vor sich, in dem sie die Person erkannten, die sie suchten.

Die Semmen erzählten, daß sie durch ein sächertliches Geschrei auf der hohen Weide aufgeweckt worden waren; daß sie sich desorientiert, herbeizutreiben und noch mit ansehen konnten, wie der Eier, ein übrigens ganz zahmes Tier, den armen Teufel mit seinen Hörnern bearbeitete. Hilfe konnten sie dem armen Hexenmeister nicht mehr bringen, denn er war schon tot. Die Semmen erzählten noch, daß sie dieses Unglück nicht erklären könnten. Hier müßte

etwas Ueberrätliches mit im Spiele gewesen sein, denn noch niemals habe der Eier einem Menschen etwas zu Weide getan.

Herr Bruno, dessen Neugierde nur zur Hälfte befriedigt worden war, suchte den Sergeanten noch über die Gründe auszufragen, weshalb der Prüdel in aller Frühe mit seinem Sekretär bei der Witwe erschienen sei, auch wollte er über die Verwundung Leos Auskunft haben. Trotzdem er noch ein zweites Glas Wein bezahlte, gelang es ihm doch nicht, Näheres zu erfahren. Trotz alledem hatte er seinen Weg doch nicht vergeblich gemacht und bald sah man ihn wieder auf der Landstraße in der Richtung nach unserm Dorfe zu eilen, mit all' der Schnelligkeit, die ihm sein Alter erlaubte.

Herr Bruno hatte diesmal einen guten Tag. Auf kaum halbem Wege begegnete ihm ein Bauer, der es nicht weniger eilig hatte als er selber.

Es war Denis, Sohn des Jean Denis. „Was gibt's denn Neues? Warum so eilig?“ fragte er. „Bedenkliche Geschäfte!“ erwiderte Denis. „Doch ich muß zum Prästern.“

„So sprechen Sie doch, was ist passiert?“ „Reimer Teuf, etwas wirklich ganz Wunderliches, Herr Bruno.“

„So erzählen Sie doch, aber schnell, schnell!“ „Ja, wenn Sie es niemandem andern sagen wollen, denn es muß ein Geheimnis bleiben.“

„Sagen Sie unbesorgt. Sie kennen mich doch als verschwiegen.“

„So hören Sie: Als ich heute früh wie gewöhnlich meinen Röhren das Futter verabreichen wollte, als ich mich dem Stall dort hinter dem Dorf näherte, Sie wissen doch, Herr Bruno! Ja, als ich in den Stall treten will, sehe ich, wie meine Röhre ganz sächertliches Getöse vollführt, als wäre der Teufel los. Gut, sage ich mir, was gibt's denn dort eigentlich. Haben hier vielleicht Magabunden oder sonstiges heimatloses Geindel ihr Spiel getrieben? Der Stall war doch geschlossen und jetzt ist er offen! Zum Hellen! Sage ich mir, euch Saubande will ich's aber antreiben und nehme auch gleich einen kräftigen Prügel zur Hand, mit welchem ich in den Stall gebe. Donner und Doria! — entschuldigen Sie, Herr Bruno, daß ich fluche — was sehe ich? — Alle meine Röhre im wildesten Durcheinander und, die „Bläh“, dort am Boden liegend, die Junge herausgestreckt, und durch ihre Ketten fast erstarrt. Hat denn der Teufel hier sein Spiel getrieben? sage ich. Ja, mache das arme Süd Vieh los, welches sich glücklicherweise wieder erholt. Ich fetzte die andern an ihre Krippe an. Aber das ist noch nicht alles. Wie ich die Hand in meinen Salsack stecken will, um ihnen etwas mehr Leben beibringen zu können, was finde ich da? Herr Bruno, sehen Sie dieses Stück Papier, welches man früher während der Nacht in den Sack getan hat, denn ich ließ den Sack im verschlossenen Stalle.“

„Zeigen Sie her, wollen's lesen“, sagte Herr Bruno, und er las folgendes:

„Sie werden Ihre Leinwand, die Ihnen geliehen wurde, unter den Brettern vor der Scheune der Witwe desjenigen finden, von dem erzählt wird, daß er sich erhängt habe, weil er des Diebstahls überführt wurde.“

Einer von ihren Freunden. „Ist das nicht recht sonderbar, Herr Bruno?“

„Sehr, sehr sonderbar! Und Sie werden ihre Anzeige machen?“

„Sicherlich. Was soll ich denn anderes tun?“ „Sie haben Recht, gehen Sie nur schnell, auch ich habe Eile, Adieu!“

(Schluß folgt.)

Kleines Feuilleton.

Nochmals das besatzungslose Schiff.

Auf dem Wansee bei Berlin wird in der Zeit vom 8. bis 12. Juli der Deutsche Hottentoten eine neue Erfindung vorgeführt, nämlich das von dem Lehrer Chr. Wirth erfundene, durch elektrische Wellen gesteuerte besatzungslose Schiff. Nicht umsonst ist der Wansee für diese Schauvorstellung gewählt worden; erstens kann von seinen so vielfach zugänglichen Ufern eine große Zahl von Zuschauern den Anblick genießen, und zweitens wird das Boot — es handelt sich zunächst um das 15 Meter lange, der Akkumulatorenfabrik Aktien-Gesellschaft gehörige Elektromotorenboot „Frieda“ — gerade in dem lebhaftesten Verkehr des Wansees zeigen können, was es leistet. Jäzwahr, es wird ein Anblick sein, der so recht geeignet ist, vor Augen zu führen, daß wir in einer Zeit leben, wo man klünnen Gedankenfluge des Erfinders durch die Technik kaum noch Grenzen gesetzt sind. Aber, so hört man vielfach einwenden, es müssen doch ganz gewaltige Energiemengen in die Luft gelangt werden, wenn sie auf große Entfernungen ein Schiff in Bewegung setzen sollen!

So ist die Sache natürlich nicht zu verstehen. Das Schiff besitzt seine eigene Kraftquelle in einer Batterie elektrischer Motoren, und diese Kraft wird erst ausgetrieben und für die verschiedenen Zwecke verwendbar gemacht durch die von einem Gebetapparat an Land ausgehenden elektrischen Wellen. Die Schnellleuchtigkeit des Bootes kann also durch die Stärke der eingebauten Batterien beliebig gesteigert werden. Wenn bei den Versuchen nur verhältnismäßig langsam gefahren wird, so geschieht dies, um nicht das eigene oder fremde Fahrzeug unnötig zu gefährden. Nicht als ob eine besondere Gefahr vorläge. Der Erfinder, der von der Höhe des Kaiserpavillons aus sein Boot selbst lenken wird, beherrscht es in allen Bewegungen so vollkommen, daß das Gewicht von

kleinen Bölen, Jachten und Dampfern, durch die das Fahrzeug hindurchgesteuert werden muß, keinerlei Grund zu Besorgnissen gibt. Ein Handgriff an dem Senderapparat genügt, um die Bewegung des Bootes aufhören zu lassen oder ihm eine andere Richtung zu geben. Dabei gehorcht das Boot den durch die elektrischen Wellen empfangenen Befehlen augenblicklich. Es ist dies ein sehr wesentlicher Vorteil gegenüber dem auf dem gleichen Prinzip beruhenden Torpedo des französischen Erfinders Gabet; dieser Torpedo gehorcht zwar auch seinem Leiter, aber der geringste Serzang genügt, um eine so erhebliche Verzögerung in der Ausföhrung der beabsichtigten Manövre herbeizuföhren, daß die Lenkung dadurch illusorisch gemacht wird. Im Gegenfatz zu diesem Torpedo ist das Wirtische Fahrzeug von Seegang und anderen äußeren Einflüssen ganz unabhängig. Innerhalb einer Sekunde leuchtet ein bestimmtes Lampensignal auf, zum Zeichen, daß der betreffende Befehl richtig verstanden ist, und daran schließt sich sofort die Ausföhrung.

Das unbeschriebene Gesetz.

wonach die Menschlichkeit das Recht hat, sich über den starren toten Buchstaben hinwegzusetzen, scheint in Canada keine Anhänger gewinnen zu können. Zwar hat sich die öffentliche Sympathie seit langem schon dem Schicksal einer unglücklichen Frau zugekehrt, die, um ihre Ehre zu retten, zur Mörderin geworden war; aber die Regierung sieht sich veranlaßt, die ganze Strenge des Gesetzes walten zu lassen, um nicht für jene bedeutenden Bruchteil der Einwanderer-Bevölkerung, die dem temperamentsvollen Süden Europas entstammt, einen Präzedenzfall zu schaffen. Angelina Napolitano, eine Italienerin, wurde vor fünf Wochen wegen Ermordung ihres Mannes in Toronto zum Tode verurteilt. Die Mordtat fand unter besonders tragischen Umständen statt, und eine Massen-Petition, die von der italienischen Regierung unterstützt wird, befindet sich in Vorbereitung. Man hofft, das Leben der Verurteilten noch retten zu können. Die erst 23jährige Italienerin hat vier Kinder in zartem Alter und steht kurz davor, einem weiteren Kinde das Leben zu geben, weshalb ihre Hinrichtung auf den 9. August aufgeschoben wurde. Vor zehn Jahren war das Ehepaar nach Canada gekommen, und der Mann hatte bald lohnende Arbeit in einem Stahlwerk gefunden. Im vergangenen Oktober stellte er der Frau die Arbeit plötzlich mit der Begründung ein, daß er ihrer müde sei. Kurz darauf legte er seiner Frau nahe, auf unbillige Art das für den Unterhalt der Familie notwendige Geld zu verdienen. Die Frau wieß das Ansuchen entrüstet zurück. Nun begann er für sie eine Hölle auf Erden. Ihr Mann behandelte sie bestialisch. Da diktierte ihr die Verzweiflung eine Schreckenslist. Eines Nachts ergriff sie eine Axt und zerrüttete dem Schädel des schlafenden Mannes. Ohne daß sie einen Verlust zur Flucht gemacht hätte, wurde die Unglückliche am Morgen verhaftet. Das Gefändnis, das sie vor den Geschworenen ablegte, rührte jedermann, aber trotzdem wurde die Verzweiflung zur Mörderin gewordene Frau zum Tode verurteilt.

Welche Lust, ein Lump zu sein!

Du Lump, du deutscher Arbeiter! — Sprich! Du der Sergeant, werde nicht gleich wie ein Tiger, sondern stehe steif und halt' den Rand! Sieh' doch nur, wie schwer man hühen jenen Zapfen läßt: Zottebock, er muß genossen achtundvierzig Stunden Verfahrert!

Aber du, du Lump, verlaufe zu beweisen nie, daß du erst im dunklen Tude wachst, was jener ins Gesicht die schrie!

Denn sonst kommt so ein Gerichtsherr, sagt dich penlich an und besorgt, als ob es nichts wär, die vierzigjährige Strafe, Mann!

Streng ist dein Arrest vier Wochen, und vom Leiter gar der Verhandlung wird gesprochen, daß es bodenlose Frechheit war!

Sieh', das sind' ich auch, mein Lieber ... Was? Nun, das! Drum schweig', nim die Lebr' ins Loch hinter: Mandatmal ist Soldat und Lumpsein gleich.

Ulan Franz.

Humor und Satire.

Auf dem Bahnhof einer Station in Hinterpommern steht angeklagen: Die Gefährdungen und belegten Bedürfnis hat der Bahnhofsportier hinten links unter sich.

Gemeinnütziges.

Wie man Milch trinken soll. Viele Menschen behaupten, daß sie die Milch „absolut nicht vertragen“ können, und wenn man die Wirkung beobachtet, die die Milch auf sie ausübt, muß man ihnen Recht geben. Doch es ist nur scheinbar, daß die Milch ihnen nicht bekommt, sie wird dann eben nicht richtig genossen. Milch ist nämlich ein Nahrungsmittel, das man nicht in starken Zügen trinken darf. Dies weiß schon der Säugling instinktiv, denn er nimmt die Nahrung in kleinen Mengen nach und nach zu sich. Trinkt man die Milch in einem Zuge, dann wird der Magen durch einen Klumpen halb erennener Milch belästigt. Milch muß langsam in kleinen Schlucken und mit Pausen genossen werden, denn nur so kann sie vom Magen entsprechend verdaut werden.

